

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

160 (11.6.1919) Erstes und Zweites Blatt

Bestandpreis:
in Karlsruhe frei ins
Haus geliefert, viertel-
jährlich 4.80 M., ma-
natlich 1.60 M., an-
den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 1.50 M.,
in Karlsruhe durch
die Post frei ins
Haus gebracht vier-
teljährlich 5.82 M., Ein-
zelnummer 10 Pf.

Verlag: Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Königsplatz 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Angaben:
Die Geschäftsstelle
ist über deren Platz
25 Nr. Weßlames 1 Nr.
an erst. Stelle 1.20 M.
Auf diese Stelle
30% Steuerzuschlag.
Rabatt nach Ertrag.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen bis
4 Uhr nachmittags.
Verantwortliche
Geschäftsstelle Nr. 203.
Verlag Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 20 u. 294.

Chefredakteur: Gustav Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Soltinger; für Baden, Posaunen und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Beilagen: Carl Gessmer; für Inserate: Paul Lehmann. Druck und Verlag: C. S. Müllerische Buchhandlung u. B. S. sämtliche in Karlsruhe. — Vertikaler Redaktions: Dr. Kurt Heinrich, Friedeburg, Fregestraße 65/66. Teleph.-Amt 110/111. Für unerwartete Manuskripte oder Drucksaßen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 160.

Mittwoch, den 11. Juni 1919

Erstes Blatt.

Die neunte Arbeitsstunde.

5. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:
Die Zeit vor der Entscheidung, die uns von den Feinden kommen soll, ist zu ernst, als daß man ohne dringenden Anlaß auf die Gegenstände in den eigenen Reihen hinweist. Aber der sozialdemokratische Parteienrat wird es ja doch offenbaren, wie wenig die Revolution des 9. November und der Machtaufstieg der Sozialdemokratie zu einer inneren Konsolidierung hat führen können. Gleichzeitig unterrichtet ein Dementi, das von dem offiziellen Telegraphenbüro verbreitet wird, die Mitteilung, die jedoch über erste Gegenstände zwischen dem Reichswirtschaftsminister Wislitzki und den anderen Kabinettsmitgliedern in die Presse gelangt war. Die offizielle Erklärung, die die Einigkeit der Regierung betont, ist gewiß von dem besten Willen eingegeben aus der Erkenntnis heraus, daß tiefgehende Gegenstände, wenn ihre Austragung die nationale Einheit in diesen kritischen Tagen fördern müßte, unbedingt zurückgeführt werden müssen. Im übrigen ist es ja kein Geheimnis, daß der Reichswirtschaftsminister Wislitzki mit einer gewissen idealistischen Hartnäckigkeit die Verwirklichung einer sozialistischen Wirtschaftsform betreibt und dabei in dem Reichsfinanzminister Dernburg seinen Hauptgegner findet. Daß diese Männer noch lange zusammen in dem gleichen Kabinett sitzen, erscheint ausgeschlossen, wenn auch nach zuverlässigen Meldungen ein Rücktritt Wislitzkis zurzeit nicht bevorsteht.

Mit einem gewissen Bangen wird man angesichts dieser Dissonanz an die Regelung der notwendigen Abänderung unserer fürchtbaren Finanzanlagen denken müssen. Herrn Dernburg wurde da vor einiger Zeit ein Gedanke geschrieben, nach dem die Arbeiter durch Leistung einer neunten Arbeitsstunde, deren Ueberbringer dem Staate zukommen soll, jährlich etwa 7 Milliarden Mark aufbringen sollten. Diese Anregung, von dem sie auch kommen mag, ist im Sinne der kapitalistischen Strömung dieser Zeit natürlich ungerecht und dürfte auf den Widerpruch des sozialen Theoretikers Wislitzki stoßen. Und doch, wäre es nicht ein Gebot der Gerechtigkeit, daß da, wo jeder materielle Besitz und jedes rechtmäßige Einkommen künftig in einer Erfassung bis nahe an die Konfiskation heran das bedrohte Staatsgebäude stützen müssen, und da 2. auch die Erträge dieser drakonischen Maßnahmen unserer künftigen Bedarf nicht decken werden, die große Masse des Volkes mit ihrem Verdienst, das heißt mit ihrer Arbeitskraft mitarbeitet und das Aus dieser Ueberstundenlohn für die Allgemeinheit befreit? Dieser Gedanke kann ja gerade deshalb nicht so ungeheuerlich genannt werden, weil die Arbeitermassen in Deutschland die gleichen politischen und sozialen Rechte haben wie alle übrigen Volksgenossen und an dem Bestand des demokratischen Staatswesens auch genau dasselbe Interesse haben. Die neunte Arbeitsstunde, die selbstverständlich keine Dauererleichterung sein dürfte, würde außerdem der nationalen Produktion zugute kommen und so doppelt der wirtschaftlichen Gesundung und der langsamen Wiederherstellung einer besseren Lebenshaltung auch für die Arbeiter selbst nutzen.

Bethmann Hollweg und der Kronrat.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 10. Juni. Der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg macht in seinen Betrachtungen zum Weltkrieg, dessen 1. Band in den nächsten Tagen erscheinen wird, über den ungeschickten Kronrat vom 5. Juli 1914, auf den die Besetzung der Krone des Kaisers zurückzuführen wollte, folgende Mitteilungen:
Am 5. Juli 1914 übergab Graf Sgöwenitz nach einem frühlichen an der kaiserlichen Tafel dem Kaiser ein handschriftliches Memorandum, das eine Denkschrift seiner Regierung. Die Denkschrift entwickelte ein umfangreiches Vorkriegsprogramm auf lange Sicht, das den russischen Plänen mit fröhlichen diplomatischen Aktionen entgegengetreten sollte. Gegen das feindliche Serbien und zum Ertrags für das unruhige Rumänien wollte die Politik sich auf Bulgarien und die Türkei stützen. Das Ziel war ein Serbien aus der Balkanbündnis unter der Hegemonie der Zentralmächte. Die Ereignisse in Serbien wurden als Beweis dafür herangezogen, daß der Gegenstand zwischen Serbien und Österreich unüberwindlich geworden war. Die handschriftliche Denkschrift wurde dem Kaiser vorgelesen und es wurde darauf hingewiesen, daß die Friedenspolitik der Kaiserin bedroht wäre, wenn die Agitation in Belgien fortbestände.
Der Kaiser hatte beide Schriftstücke mit dem Bemerkten entgegengenommen, daß er sie erst nach Rücksprache mit seinem Reichskanzler beantworten wollte. Am Nachmittag desselben Tages empfing der Kaiser mid und den Staatssekretär Zimmermann an Stelle des damals beurlaubten Staatssekretärs v. Noyow im Neuen Palais zu Potsdam. Eine andere Version war nicht anzugehen. Der Kaiser erklärte, er könne sich über den Ernst der Lage, in die die Donaumonarchie durch die serbische Propaganda gebracht worden sei, keinerlei Täuschung machen. Interes Anters sei es aber nicht, dem Bundesgenossen an raten, was auf die Kaiserin Blutet nun an scheitern habe.

Die Antwort der Alliierten.

Paris, 10. Juni. (Reuter.) Clemenceau, Orlando, Robert Cecil und Oberst House haben als Ergebnis gemeinsamer Beratungen empfohlen, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, wenn es den Friedensvertrag unterzeichnet und lokal durchgeführt und eine feste Regierung einsetzt. Ferner wurde beschlossen, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenforderungen nicht vor dem 18. Juni übergeben werden soll und daß die Deutschen fünf Tage zur Erwiderung bekommen sollen.

Die Liga der Nationen.

(Eigener Drahtbericht.)
Verailles, 10. Juni. „Matin“ meldet, daß der Organisationsausdruck der Liga der Nationen am folgenden Tag ankommen werden hat. Es ist für die Liga wesentlich, schnellmöglichst über alle wichtigen politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und andere Gegenstände in allen Weltteilen auf dem Laufenden gehalten zu sein. Jeder Gliedstaat der Liga muß dem internationalen Sekretariat jede tauliche Information zur Kenntnis geben.

„Matin“ und Clemenceau.

(Eigener Drahtbericht.)
Verailles, 10. Juni. Seine heute morgen bekennend sich der „Matin“ an den erbittertesten Gegnern Clemenceaus. Anlaß an diesem Anschuldigung des Matins auf die Beschlüsse des Generaldirektors des Nationalamtes der französischen Presse Schöeller. Der alchalcitische Geschäftsführer des „Matin“ ist, er habe bei der Papierverteilung verschiedene Reaktionen hervorgerufen. Gean Schoeller war ein Ermittlungsverfahren einleitet und in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden. Eine große Anzahl Pariser Blätter hatte ebenfalls gegen diese Anschuldigung protestiert. Der „Matin“ betont, es handele sich um einen Versuch, das Blatt, dessen Campagne der französischen Regierung unannehmlich sei, an kompromittieren und mundtot zu machen.

Die Proklamation der französischen Arbeiter.

(Eigener Drahtbericht.)
Bern, 10. Juni. Nach dem „Berner Tagblatt“ hat die Confédération générale du travail in ganz Frankreich die Proklamation anhängen lassen, in der die politischen Forderungen der Arbeiterschaft, sofortige Demobilisierung der Armee, Amnestie für alle politisch Verurteilten, einschließlich der wegen Meuterei bestraften Soldaten und Matrosen, sowie Zurückziehung aller französischen Truppen aus Ausland, Ungarn usw. verlangt wird. Sämtliche großen Gewerkschaften, auch die Eisenbahner und Grubenarbeiter, haben erklärt, auf Beschluß der Confédération générale du travail die Arbeit einzustellen. Nach übereinstimmenden Meldungen würde der Generalkrieg am 23. Juni erklärt werden.

Ausdehnung der Auslandsbewegung in Frankreich.

(Eigener Drahtbericht.)
Verailles, 10. Juni. Die Führer verschiedener Arbeiterverbände erklären in der „Humanité“: Die Hoffnungen und Proklamation der Regierung werden die Arbeiter nicht einbinden. Die streikenden Verbände seien gewillt, ihre Forderungen durchzusetzen. Heute abend findet eine Sitzung des Verbandes der Seife statt, in der, wie die Presse vermutet, der Generalkrieg erklärt werden soll. Die pharmazeutischen Arbeiter haben gestern abend den Generalkrieg beschlossen.

Amerika und der Friedensvertrag.

(Eigener Drahtbericht.)
Amsterdam, 10. Juni. (Wolff.) Dem Pressebüro Radio zufolge melden amerikanische Blätter, daß endgültig entschieden worden ist, daß in Oberösterreich eine Volksabstimmung stattfinden wird. New York Sun“ meldet, dem gleichen Büro zufolge, daß es ihrem Londoner Büro nicht gelungen ist, den vollständigen Text des deutschen Friedensvertrages nach Amerika zu senden, weil der britische Renior es nicht gestattet. Ein Senator wird im Senat beantragen, eine Untersuchung anzuordnen, weshalb der britische Renior den Vertrag zurückgehalten habe.

Washington, 9. Juni. (Reuter.) Viele Zeitungen veröffentlichten Telegramme eines vollständigen Grenzplazes, welches der Korrespondent der „Chicago Tribune“ erhalten haben will und welches den vollständigen englischen und französischen Text enthält.
Senator Durch late heute im Senat ein Grenzplaz des Friedensvertrages vor, das durch einen Reklamationskorrespondenten nach Amerika gebracht worden ist. Der Senat ordnete mit 44 gegen 24 Stimmen an, daß der Friedensvertrag als öffentliches Dokument gedruckt werde.

Amerikanische Schadenersatzansprüche.

(Eigener Drahtbericht.)
S. Gaas, 10. Juni. Aus New York wird gemeldet: Der Verwalter feindlichen Vermögens in den Vereinigten Staaten erklärte in einer Mitteilung an den amerikanischen Konsul, daß amerikanische Völker von Deutschland für Schäden durch den U-Boottkrieg und für Beschädigung amerikanischer Eigentums in Deutschland etwa 1 Milliarde Dollar verlangen. Der Schaden durch den U-Boottkrieg allein stellt sich auf 600 Millionen Dollar.

Die Räumung Lettlands.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 10. Juni. In der Frage der Räumung Lettlands von deutschen Truppen ist in Spa eine Note für Marshall Hoch überreicht worden, in der es heißt: Gegenüber dem Telegramm des Marshalls Hoch vom 29. 5., welches die Beibehaltung der deutschen Streitkräfte in Litauen und Lettland nach einer bestimmten Linie fordert, muß die deutsche Regierung auf ihrem Standpunkt beharren, daß sie auf Grund des Artikels 12 des Waffenstillstandsvertrages das Recht hat, die einseitige und herbeizuführende Räumung Lettlands durch den Krieg zu verhindern. Die deutsche Regierung wird sich nicht anerkennen, daß sie auf Grund des Waffenstillstandsvertrages gebunden ist, Befehle über die Art der Räumung entgegenzunehmen, wenn sie auch keine Befehle trägt, das südlich der mitgeteilten Linie genannte Gebiet zurückzugeben. Die planmäßige Räumung Litauens und Lettlands wird voraussichtlich in 6-8 Wochen beendet sein. General Graf von der Goltz hat Befehl, sich in innere Angelegenheiten Lettlands nicht zu mengen. Er hat also die Einziehung einer Regierung weder zu erleichtern, noch zu erschweren. Die Stärkung der lettischen Armee ist durchaus in unserem Sinne. Eine allgemeine Mobilisierung muß nur so lange im Lande sein, soweit verbunden werden, daß die spanasische Aufhebung bolschewistischer aktiver Leute unsere Truppen nicht gefährdet.

Die wirtschaftliche Annäherung zwischen Belgien und Holland.

Die schon vor dem Kriege aufgetauchten Pläne eines wirtschaftlichen Bündnisses zwischen Belgien und Holland werden jetzt, besonders von den flämischen Wählern, als die beste Lösung der zwischen den beiden Ländern bestehenden Schieds- und Gebietsfragen betrachtet. Nach dem „Telegraaf“ vom 21. Mai 1919 vertritt die „Nieuwe Gaaet“ einen Leitartikel, in dem darauf hingewiesen wird, daß Belgien und Holland aufeinander angewiesen sind und daß die Produktion der beiden Länder sich gegenseitig ergänzt. Dann schreibt das belgische Blatt weiter: Man weiß in Belgien viel zu wenig, daß die holländische Industrie sich in den letzten Jahren auf allen Gebieten riefenhaft entwickelt hat. An Bezug auf ihre Textilindustrie stehen die belgischen und holländischen Textilindustrie in der holländischen Industrie hat sich als ein bedeutender Konkurrenten der belgischen Industrie herausgehoben: in einer wirtschaftlichen Annäherung an unsere nächsten Nachbarn finden wir vor allem das geeignete Mittel, diesen Konkurrenten für uns unbedenklich zu machen. Ein wirtschaftliches Bündnis würde das wichtigste Ergebnis zeitigen, daß die holländische Industrie der bedeutendste Anwender unserer Rohstoffe, besonders unserer Steinkohle und, sobald wir ein Wirtschaftsbündnis mit Luxemburg abgeschlossen haben, auch unseres Eisenerzes wird. Ein wirtschaftliches Dreieck zwischen Belgien, Holland und Luxemburg würde der Weltbewegung der holländischen Industrie gewaltig stärken. Die Rohstoffe der holländischen Kolonien würden diesen wirtschaftlichen Dreieck in jeder Beziehung unabhängig vom Ausland machen.
Unsere letzten Erfahrungen haben uns gelehrt, daß auf die Hilfe der Großmächte, sobald das wirtschaftliche Gebiet berührt wird, nicht zu bauen ist. Unsere nächsten Verbündeten werden vor allem für sich selbst sorgen. Wollen die kleinen Staaten nicht in dem wirtschaftlichen Miefentanz der Großmächte zerstampelt werden, dann müssen sie zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß ihre Anstrengungen nehmen. Und dazu eignen sich auf der ganzen Welt keine drei kleineren Länder besser als gerade Belgien, Holland und Luxemburg. Wir sehen noch einen Schritt weiter: Es gibt überhaupt kein anderes Mittel, um zu verhindern, daß Holland ein wirtschaftliches Operationsgebiet, ein wirtschaftliches Vorkampfbereich Deutschlands wird. In einem wirtschaftlichen Bündnis mit Belgien und Holland die Kraft finden, jeden Annäherungsversuch seitens Deutschlands abzuwehren. Das ist eine aktunde Politik, und wir beachten es, daß auf dieses Ziel von der belgischen Regierung hingearbeitet wird.

In einem Leitartikel über die nationale Organisierung der Produktion schlägt der „Telegraaf“ vom gleichen Tage sich den Ausführungen der „Nieuwe Gaaet“ an. „Auf den wirtschaftlichen Anschlag zwischen Belgien und Holland“, so schreibt das Blatt, „muss unbedingt hingestrebt werden, weil er im Interesse beider Länder liegt. Die holländische Note kann die Erzeugung des belgischen Reiches über alle Meere führen: durch unsere Vorkämpfe und mit unserer Mitarbeit kann Belgiens Wiederaufbau beschleunigt werden. Während jedes Land für sich eine quantität negligeable bildet, können sie vereinigt die Stelle im Völkerbund einnehmen, die ihnen ausschließend zukommt, und sich den Einfluss sichern, den sie für den Schutz ihrer Lebensinteressen und ihrer Freiheit unbedingt brauchen.“ Für Holland selbst empfiehlt das Blatt die bessere Ausnutzung des wirtschaftlichen Nachrichtenendienstes und die bestmögliche Ausnutzung der holländischen Kohlenfelder. Ne unabhängiger Holland für seine Brennstoffversorgung vom Ausland werde, desto besser sei es mit seiner Unabhängigkeit im allgemeinen bestellt.

Italien und die Kohlenklauseln des Friedensvertrages.

Von der italienischen Grenze, 8. Juni. Die Kohlenverformung Italiens läßt nach wie vor zu wünschen übrig. Mit der allmählichen Rückkehr zur Friedenswirtschaft ist es sich, daß der Weltmarkt der italienischen Industrieerzeugnisse auf dem Weltmarkt durch die hohen Kohlenpreise erschwert, wenn nicht verunmöglichlicht wird. Italien zahlt 150 Kr. für ein Quantum Kohlen, das in Frankreich 75, in England 50, in Deutschland 40 Kr. kostet. Es ist aben abhängig von den Bedingungen der Produktion, auf die es sozusagen keinen Einfluss besitzt. Eine Lohnbewegung im englischen Grubengebiete, die automatisch verbänntlich auf die italienische Wirtschaft zurückwirken. Die Aufgabe ist bekannt und viele Worte erübrigen sich anlässlich der arden Anstrengungen, die von amtlicher und privater Seite unternommen werden, um die Kohlenverformung zu verbessern. Die intensive Ausnutzung der Wasserkräfte, die Abstände auf die Kohlenarben von Gravelle, die Tendenz, sich durch amerikanische Kohlen vom englischen Markt unabhängig zu machen, seien deutlich die Zeichen der italienischen Lage, in der sich die italienische Industrie befindet.

Es kann daher nicht überraschen, wenn eintraer denn je die Möglichkeit deutscher Kohlenlieferungen erwogen wird und wenn Italien mit besonderem Nachdruck deutsche Kohle zum Ausverkauf seiner Schadenersatzansprüche fordert. Ein anderes Naherwartung deutscher Kohle auf den vorgehenden niedrigen Preisen würde der italienischen Industrie über die schlimmsten Jahre der Ueberauswirtschaft hinweghelfen. Aber die Aussichten hierfür sind acina. Das Vorrecht auf deutsche Kohlenlieferungen, das sich Frankreich und Belgien während der Abwesenheit der italienischen Delegationen von Paris zu sichern suchten, öffnet Italien keine günstige Perspektive. Von den 40 Millionen Tonnen, die Deutschland jährlich liefern soll, beansprucht allein Frankreich 20 Millionen. Wie aber, wenn Deutschland, wie verheißene Sachverständige vermuten, jährlich nur etwa 15 Millionen Tonnen liefern kann? Der Ueberdruck aus dem Italien schöpfen wollte, wird vermutlich niemals vorhanden sein und Minister Crispin hatte recht, wenn er acen die Kohlenklausel des Verailler Vertrages Einbruch erhob.

Die Aussprüche, die noch offen sind, bestehen, wie Barzini im „Corriere“ ausführlich im Verlauf bei der Revision des Verailler Vertrages eine Änderung der Klausel annehmen Italiens zu erwirken, ferner in Kompensationen durch Lieferungen aus dem Saargebiet, in der Miete ausländischer Gruben und dem Recht ihrer Ausbeutung durch italienische Arbeiter. Dieses letztgenannte Problem ist, was die italienische Regierung verkennt, als sie sich durch die territorialen Ansprüche auf das Dnieper der Uria blenden ließ. Die nationale Industrie vor unberechenbaren Schwankungen des Rohlenmarktes und der Zufuhr durch ausländische Grubenkonventionen zu sichern, wäre eine viel verlässlichere Frucht des Sieges amens als die Unmöglichkeit auf Gebiete von fremdbestimmten Werte und auf derartige politische Rechte.

Die tschechischen Niederlagen in Ungarn.

n. Aus Wien wird uns geschrieben:
Die tschechischen Truppen in der Slowakei geht es schlecht. Sie erleiden eine Niederlage nach der anderen und schon erkundigt in Prag der Natur. Die tschechisch-polnische Republik ist in Gefahr. Wenn die Tschechen selbst die Lage für so bedrohlich halten, so kann man daraus schließen, daß die Dinge für sie in Wirklichkeit noch unglücklicher liegen, als man aus den kurzen Meldungen der beiden Lager entnehmen kann. Mistholz verloren, Raichbäume geräumt, Preßburg bedroht, die tschechisch-rumänische Front an der Nahtstelle gesprengt, wahrlich Dickschoppen genug für die kurze Spanne Zeit, in der sie einander gefolgt sind, und wahrlich recht bittere Tropfen in den Becher der Freude, die der Friedensvertrag für Deutschland in der Tschechoslowakei ausgegossen hat.
Natürlich hat man in Prag nichts Geringeres zu tun, als nach Südböhmen zu rufen und hatte sie auch bald gefunden. Es ist einmütig: Das italienische Kommando ist an allem Schuld, und so wurde General Piccione mit seinen Leuten entfernt und an ihre Stelle hat man französische Generale gestellt. Es ist aber deshalb bisher nicht besser geworden. Unmüßig fragt man sich da, wo denn eigentlich die Sache hängt — denn die Tschechen haben doch den Großteil ihrer Armee in der Slowakei stehen — und da kommt man zu dem recht naheliegenden Schlusse, daß offenbar die tschechischen Truppen nichts taugen. Daß man damit das Richtige getroffen haben dürfte, beweist übrigens auch eine tschechische Meldung, die angibt, daß das schon aus dem Weltkrieg wenig rühmlich bekannte 28. Infanterieregiment wieder einmal gänzlich verlor und der Großteil desselben es vorgezogen hat, sich hinter der feindlichen Front in Sicherheit zu bringen. Man kann sich danach auch ungefähr vorstellen, wie es um die Begeisterung und Disziplin unter den tschechischen Truppen bestellt ist.

Andrerseits scheint über die ungarischen Truppen ein ganz neuer Geist gekommen zu sein. Von der Zerschandenheit, Disziplinlosigkeit und dem Mangel an Organisation, die der roten Armee anfangs den Stempel des Improvisierten aufdrückte, ist keine Rede mehr und die Art und Weise, wie die Operationen eingeleitet und durchgeführt werden, ist für eine sehr geschickte und zielbewusste Führung. Auch an Artillerie, Munition und Proviant ist, wie es scheint, kein Mangel mehr. Offenbar hat sich in Ungarn mancher in der letzten Zeit geändert, ohne daß es bisher an die große Blüte geknüpft worden ist. Nebenfalls wehren sich die Magyaren, die noch von drei Seiten umstellt sind, recht modern ihrer Gant und sie würden es allem schon aus diesem Grunde verdienen, in ihrem ungleichen Kampfe recht bald Bundesgenossen zu finden. Anstatt dessen recht finden die Tschechen Hilfe bei der Entente, die den Ungarn verboten hat, die Tschechen weiter anzugreifen.

Ein offenes Wort zu den Bürgermeisternwahlen.

Von Stadtrat W. Frey-Karlsruhe.

Heber die Bürgermeisternwahlen ist unter den 5 Rathhausparteien, von welchen keine für sich allein eine Mehrheit bildet, keine Einmütigkeit bis heute erzielt worden. Anlässlich dessen die Frage keine Schwierigkeiten zu bereiten. Der Stadtrat hatte deshalb, um etwaigen politischen Ereignissen gegenüber die Aktionsfähigkeit der Verwaltung sicher zu stellen, die Wahlen auf den 2. Juni ausgeschrieben. Nun aber wurden in der Tagespresse Stimmen laut, die dem Stadtrat die Absicht unterstellten, die Bürgermeisternwahlen durch den kurz anstehenden Wahltermin überzubringen und an einer öffentlichen Erörterung über die Befehuna der Bürgermeisternstellen verbinden zu wollen. Außerdem aber erachtete sich aus der Prüfungnahme zwischen den Fraktionen des neu gebildeten Rathhauses, daß nicht nur Widerstände gegen die Wiederwahl von zwei der bisherigen Bürgermeister vorhanden sind, sondern auch Ansprüche des Rathhauses und der Reichssozialdemokratie auf Berücksichtigung bei Befehuna der obersten Verwaltungsstellen erhoben werden. Der Stadtrat hob daraufhin den festgesetzten Wahltermin auf, um den Parteien Gelegenheit zu geben, die Ansicht der Bürgermeisternstellen zu lernen. Neue Widerstände fanden sich in verschiedenen Auslassungen in der Presse Ausdruck. Doch ließen diese Erörterungen zunächst nicht erkennen, ob sie der Auffassung weiterer Kreise der Bürgermeisternstellen entsprächen. Sie begründeten den Widerstand gegen die Verleihung der Bürgermeisternstellen mit sachlich nicht belegten Äußerungen über mancherlei Initiativen, bürokratische Engherzigkeit u. a. Erst in der Ausgabe des „Volkstreu“ vom 5. Juni erschien dann ein Bericht über eine Rathhausversammlung des Reichssozialdemokratischen Vereins, worin ausgedrückt wurde, daß man in dieser Partei sowohl dem bisherigen Oberbürgermeister Stadtrat wie auch dem bisherigen 1. Bürgermeister Dr. Paul nicht das zureichende Vertrauen entgegenbringe. Diese Stellungnahme der Mehrheit des in dem Reichssozialdemokratischen Verein organisierten Teils der sozialdemokratischen Wählerkraft kam dann auch bei den Besprechungen der Fraktionsvertreter zum Ausdruck. Eine endgültige Entscheidung aber ist von der Fraktion der Reichssozialdemokratie noch nicht getroffen worden. Obgleich es sich bei den übrigen Fraktionen der Fall. Es herrscht bis heute das Bestreben vor, eine Einmütigkeit der Parteien herbeizuführen. Eine solche ist schon durch die Rücksicht auf das Ansehen der Stadtverwaltung, aber auch wegen des schon erwähnten Vorwurfs der Reichssozialdemokratie und des Rathhauses dringend erwünscht. Kommt keine Einmütigkeit zustande, so bleibt es mehr oder weniger dem Zufall überlassen, welche Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen der 122 Wählerstimmen auszubilden. d. h. mindestens 62 Stimmen auf sich vereinigen werden. Es trat sich also, auf welcher Grundlinie eine Einmütigkeit der Parteien möglich ist. Es ist zu bedauern, daß jetzt die Befehuna der Bürgermeisternstellen zu einer Frage der Parteipolitik gemacht wird, während doch vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der Vorbildung, der Erfahrung und der bisherigen Bewährung der Kandidaten die Auswahl getroffen werden sollte. Aber es wird eben einmütig — und das ist unbedeutend — daß in allen Parteien sich Leute finden, bei denen jene Voraussetzungen vorliegen. Mitin muß mit den Ansprüchen der anderen Parteien gerechnet werden, namentlich da bei dem notwendigen Lauf der Dinge, sobald eine Bürgermeisternstelle besteht ist, für die Dauer einer Amtsperiode von 9 Jahren kein Wechsel mehr in Frage kommt. Es ist also vom Standpunkt der Reichssozialdemokratie und des Rathhauses selbstverständlich, daß diese Parteien jetzt, wo drei Wahlen stattfinden, Ansprüche auf Berücksichtigung geltend machen. Sollen nun aber dieser Parteimünche wegen zwei bisherige Bürgermeister zur Ruhe absetzt werden? Die Lösung „Dem Lütchian freie Bahn“ scheint hier den Inhalt anzunehmen, daß diejenigen, die einer bestimmten Partei als beruflich erschienen, vor den in abgelaufener Verwaltungsdauer als tüchtige Beamten den Voraussetzungen erhalten sollen. Stadtrat Sauer, den die Reichssozialdemokratie an Stelle des Bürgermeisters Dr. Paul für das Amt des 1. Bürgermeisters präferieren will, ist eine ausgezeichnete Arbeitskraft, ein Mann, der in der administrativen Verwaltung hervorragende Arbeit geleistet und in den kritischen Tagen unserer innerpolitischen Entwicklung sich für die Aufrechterhaltung der Ordnung erfolgreich eingesetzt hat. Er ist in allen Kreisen, mit denen er in Verbindung steht, insbesondere bei seinen Kollegen im Stadtrat hochachtungsvoll. Aber er raat — das muß doch gerechtere Weise ausgedrückt werden — mit diesen Eigenschaften nicht über Bürgermeister Dr. Paul hinaus, der sich nicht minder durch Fleiß und Arbeitsleistung auszeichnet und gerade auf dem für unsere Stadt so wichtigen Gebiet der Stadterweiterung und des Bauwesens tüchtigste Arbeit geleistet hat. Dr. Paul war aber die unentbehrliche Arbeit des Verwaltungswesens zuweisen. In normalen Zeiten konnte er diese Aufgabe spielend erledigen. Die Krisenjahre aber haben auf diesem Gebiet alles von Grund auf verändert. Einziehung zum Heeresdienst, Einstellung von Aushilfskräften, Erziehung neuer, ganz besonders acarteter Dienststellen und Dienststellen, Einstellung aller Bevölkerungskreise beimacht hat, haben die Geschäfte des Verwaltungswesens in derartiger Schwere belastet, daß Konflikte mit der Arbeiter- und Beamtenkraft nicht ausblieben. Wer aber Bürgermeister Dr. Paul in seiner Arbeit ersetzen hat, der weiß, daß er allemwege gerecht zu sein befreit war und der Beamten- und Arbeiterkraft nicht vorzuziehen hat, was mit Rücksicht auf andere notleidende Teile der Verwaltung vertretbar war. Weil dabei aber manchmal die Meinungsverschiedenheiten nicht auszulassen waren, hat sich in einem Teil der Beamten- und Arbeiterkreise der Stadt die Ansicht festgesetzt, daß es Bürgermeister Dr. Paul an dem für einen Ausgleich der Geschäfte erforderlichen Verständnis, vielleicht auch an dem guten Willen fehle. Gelegentliche Zusammenkünfte erhöhten die Spannung. Es soll an dieser Stelle armisch unterrichtet werden, inwieweit auf Seite der Beamten und Arbeiter die Konfliktsituationen erzeugt worden ist. Es mag sein, wie es will. Mit solchen Meinungsunterschieden kann die Ausübung eines arbeitsfähigen, arbeitsfreudigen und effizienten Bürgermeisters nicht vereinbar werden. Die Interessen der städtischen Beamten und Arbeiter sind aber ein Teil der städtischen Interessen. Aber die Bürgermeisternstellen hat auch noch andere Interessen. Mit wirklich das Vertrauen zwischen Dr. Paul und der Beamten- und Arbeiterkraft nicht mehr herzustellen, so mag ein anderer Bürgermeister diesen Verwaltungsaufgaben übernehmen. Bürgermeister Dr. Paul aber muß der Stadterweiterung für die übrigen Gebiete, auf denen er sich als ausgereicherter Arbeiter auszeichnet, erhalten bleiben. Um die Bürgermeisternstellen ist unter den für diese Ämter besonders vereinigten Männern kein so großer Wettbewerb, daß man sich eines bewährten Mannes leicht entledigt, und sie mehr Parteibedenken und Interessenecken die Parteien der Bürgermeister der Würde ihrer Stellung entkleiden, um so schließlich werden gerade die besten Köpfe sich um diese Ämter bewerben.

Ähnlich liegt die Frage hinsichtlich der Wahl des Oberbürgermeisters. Mit Rücksicht auf die mehr oder weniger untergeordneten Eigenschaften des bisherigen Oberbürgermeisters Siegert hat die öffentliche Kritik sich befaßt. Auch hier lautet aber die merkwürdige Bemerkung, daß die Stadtverwaltung, die die Entwicklung der Stadt Karlsruhe unter der derzeitigen obersten Leitung der Verwaltung die erwünschte Richtung genommen, der fünf Verjüngung der Mitglieder begeben, auf Grund deren eine Wiederwahl des Oberbürgermeisters bedenklich erachtet. Einzig und allein an den Ergebnissen der Wirtschaft leitender Persönlichkeiten kann deren Leistungsfähigkeit und Brauchbarkeit erkannt werden. Herr Siegert wurde im Jahre 1906 als Nachfolger Schaefflers zum Oberbürgermeister gewählt. Er hatte damals schon die Erfahrung einer sechsjährigen Tätigkeit im Dienst der Stadt für sich. Mit dem richtigen Blick hat er eine seiner Hauptaufgaben in der Verwaltungserweiterung erfüllt und hat die Aufgabe bis zum heutigen Tag erfolgreich durchgeführt. Das Gesamtgebiet ist dadurch von 2100 Hektar auf 4500 Hektar angewachsen. Grundbesitz, Vermögen und Steuerleistung wurden vermehrt und gesteigert. Abwasser, Gaswerk und Elektrizitätswerk erhielten auf diese Weise die günstigsten Bedingungen für die eigene Entwicklung und Leistungsfähigkeit, so daß selbst die Rückschlüsse der Kriegsjahre die glänzende Entwicklung nicht ganz zum Stillstand bringen konnten. Die Abwasserentwässerung wurde auch in der Kriegszeit fortgesetzt; Bäume wurden fertig gestellt, die Wassergewinnung wurde eingerichtet, die Handwerkerzunft wurde neu organisiert und neue Unternehmungen der verschiedensten Art wurden projektiert. Das hat die Entwicklung der städtischen Wirtschaft und inangestellter Entwicklung des Karlsruher Gemeinwehens, die auch dem Blick des Fernersehenden nicht vorzuziehen bleiben, und die ohne die vielfache umsichtige Arbeit der leitenden Persönlichkeiten von den städtischen Kollegen, Beamten und Arbeitern nicht hätten aufgewiesen werden können. Demgegenüber können Beschwerden über Eigenschaften des inneren Dienstes nicht ein solches Gewicht beanspruchen, daß eine Wiederwahl abzulehnen wäre. Ein harmonisches Verhältnis zwischen der obersten Leitung der Verwaltung und der Beamtenkraft ist allerdings unerlässlich. Zur Herstellung eines solchen wird der Stadtrat Mittel und Wege finden. Mehr als bisher ist Fühlung zwischen dem Stadtrat und der Beamtenkraft erforderlich.

Raffen wir also den Oberbürgermeister und die beiden Bürgermeister, deren Amtsdauer abgelaufen ist, auch fernerhin auf ihren Posten, die sie mit gutem Erfolg bekleidet haben. Die Bürgermeisternstellen seien einen größeren Vorteil haben, als wenn in diesen auf sich so schweren Uebertragungen neue Männer — sie mögen noch so tüchtig sein — sich einzusetzen müßten, und die Erfahrungen der bisherigen leitenden Persönlichkeiten nicht mehr nutzbar wären. Was eine Parteimünche ist, sollte doch sicher auch der Allgemeinheit billig sein. Die Sozialdemokratie hat als einzige Partei alle ihre alten Stadträte wiedergewählt, obwohl sie ihre alten Stadträte wiedererwählt, obwohl sie nicht minder tüchtige Kraft besitzt. Sie weiß also den Wert der im Lauf der vergangenen Zeit gesammelten Erfahrungen für die Zukunft sehr wohl einzuschätzen und sollte deshalb auch dem Oberbürgermeister und den Bürgermeistern, die den Beweis erbracht haben, daß sie keine einseitige Parteipolitik treiben, sondern nur dem Wohle der Gesamtheit zu dienen befreit sind, ihr Vertrauen nicht entziehen.

Die hereditäre Forderung des Rathhauses und der Reichssozialdemokratie nach Uebertragung eines Bürgermeisternpostens muß gleichwohl ohne Bezug erfüllt werden. Hierfür sind zwei neue Bürgermeisternstellen zu errichten. Zentrum und Reichssozialdemokratie verhalten sich diesem Gedanken gegenüber teilweise ablehnend, weil sie befürchten, in der Bürgermeisternstelle hieraus der Schluß gezogen werden, man habe nur, um Parteimünche zu befriedigen, neue Stellen geschaffen. Wer aber in der Stadterweiterung in den letzten Jahren mitgewirkt hat, der weiß, daß sämtliche Bürgermeister so stark mit Arbeit überlastet sind, daß die Errichtung einer weiteren Stelle schon der Notwendigkeit als wünschenswert bezeichnet worden ist. In diese Stelle aber geschaffen, so können die Bürgermeister noch länger nicht so weit entlastet werden, daß sie von aller Kleinarbeit befreit sein werden und daß die Aufrechterhaltung ihrer Arbeit auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt wird. Nun kommt aber noch hinzu, daß der Geschäftsbereich des Rathhauses des Rathhausamts, Kaufmanns- und Verwaltungsamt abtrennen und einem besonderen Mitarbeiter übertragen werden müssen. Es kommt weiter hinzu, daß die Stadterweiterung der Stadt neue Aufgaben überweisen wird, z. B. auf dem Gebiet der Polizei, und endlich zu berücksichtigen, daß eine Bürgermeisternstelle einem Techniker übertragen werden soll. Diesen technischen Aufgaben werden in erster Linie rein technische Aufgaben zugewiesen sein. Die übrigen Zweige der Verwaltung wird er kaum entlasten können. Diese Gestaltung der Dinge zwingt zur Errichtung weiterer leitender Stellen, und wenn sie nicht errichtet werden, so wäre die Errichtung nur eine Frage kurzer Zeit. Denn wie sollte anders der neue umfangreichere Verwaltungsdienst bewältigt werden, wenn man sich auf die bisherige Zahl der Bürgermeister beschränkt und zwei der Stellen ganz neuen Leuten übertragen wollte. Sie finden also in kürzester Frist doch vor der Notwendigkeit, neue Stellen zu errichten und die Mittel hierfür zu bewilligen, und hätten, wenn die bisherigen Bürgermeister nicht mehr gewählt werden würden, der Bürgermeisternstelle völlig überflüssigweise die Rathhausstelle für zwei oder drei Bürgermeister aufgegeben.

Meine feste Ueberzeugung ist es, daß die berufenen Vertreter der Bürgermeistern unserer Stadt den besten Dienst erweisen, wenn sie sich zu diesem Kompromiß anlassen. Die rein geschäftsmäßige Einbindung, ein Oberbürgermeister und fünf Bürgermeister seien für eine Stadt von 140 000 Einwohnern zu viel, ist deswegen nicht haltbar, weil es gleichgültig ist, ob die neuen Arbeitskräfte, deren Anstellung einmal sachlich begründet und notwendig ist, Bürgermeister oder besagte Stadträte sind. Die Hauptsache ist, daß der Bürgermeister und der Stadtrat die gesellschaftliche Verantwortung für die übernehmenden und ihnen im übrigen selbständige Arbeit überlassen kann.

Die vorerwähnte Lösung wird bei objektiver Beurteilung der Sache auf allen Seiten beifällig sein, und wird vor allem dem Gang der städtischen Verwaltung von dem stehenden Druck der jetzigen Unsicherheit befreit, welche den der Neuordnung wird auch ein neuer Fingerschlag in die Verwaltung kommen, und die Bürgermeisternstelle wird es nicht bereuen, neben den bisherigen beauftragten Leuten auch neuen tüchtigen Männern freie Bahn gemacht zu haben.

in allen Kreisen, mit denen er in Verbindung steht, insbesondere bei seinen Kollegen im Stadtrat hochachtungsvoll. Aber er raat — das muß doch gerechtere Weise ausgedrückt werden — mit diesen Eigenschaften nicht über Bürgermeister Dr. Paul hinaus, der sich nicht minder durch Fleiß und Arbeitsleistung auszeichnet und gerade auf dem für unsere Stadt so wichtigen Gebiet der Stadterweiterung und des Bauwesens tüchtigste Arbeit geleistet hat. Dr. Paul war aber die unentbehrliche Arbeit des Verwaltungswesens zuweisen. In normalen Zeiten konnte er diese Aufgabe spielend erledigen. Die Krisenjahre aber haben auf diesem Gebiet alles von Grund auf verändert. Einziehung zum Heeresdienst, Erziehung neuer, ganz besonders acarteter Dienststellen und Dienststellen, Einstellung aller Bevölkerungskreise beimacht hat, haben die Geschäfte des Verwaltungswesens in derartiger Schwere belastet, daß Konflikte mit der Arbeiter- und Beamtenkraft nicht ausblieben. Wer aber Bürgermeister Dr. Paul in seiner Arbeit ersetzen hat, der weiß, daß er allemwege gerecht zu sein befreit war und der Beamten- und Arbeiterkraft nicht vorzuziehen hat, was mit Rücksicht auf andere notleidende Teile der Verwaltung vertretbar war. Weil dabei aber manchmal die Meinungsverschiedenheiten nicht auszulassen waren, hat sich in einem Teil der Beamten- und Arbeiterkreise der Stadt die Ansicht festgesetzt, daß es Bürgermeister Dr. Paul an dem für einen Ausgleich der Geschäfte erforderlichen Verständnis, vielleicht auch an dem guten Willen fehle. Gelegentliche Zusammenkünfte erhöhten die Spannung. Es soll an dieser Stelle armisch unterrichtet werden, inwieweit auf Seite der Beamten und Arbeiter die Konfliktsituationen erzeugt worden ist. Es mag sein, wie es will. Mit solchen Meinungsunterschieden kann die Ausübung eines arbeitsfähigen, arbeitsfreudigen und effizienten Bürgermeisters nicht vereinbar werden. Die Interessen der städtischen Beamten und Arbeiter sind aber ein Teil der städtischen Interessen. Aber die Bürgermeisternstellen hat auch noch andere Interessen. Mit wirklich das Vertrauen zwischen Dr. Paul und der Beamten- und Arbeiterkraft nicht mehr herzustellen, so mag ein anderer Bürgermeister diesen Verwaltungsaufgaben übernehmen. Bürgermeister Dr. Paul aber muß der Stadterweiterung für die übrigen Gebiete, auf denen er sich als ausgereicherter Arbeiter auszeichnet, erhalten bleiben. Um die Bürgermeisternstellen ist unter den für diese Ämter besonders vereinigten Männern kein so großer Wettbewerb, daß man sich eines bewährten Mannes leicht entledigt, und sie mehr Parteibedenken und Interessenecken die Parteien der Bürgermeister der Würde ihrer Stellung entkleiden, um so schließlich werden gerade die besten Köpfe sich um diese Ämter bewerben.

Ähnlich liegt die Frage hinsichtlich der Wahl des Oberbürgermeisters. Mit Rücksicht auf die mehr oder weniger untergeordneten Eigenschaften des bisherigen Oberbürgermeisters Siegert hat die öffentliche Kritik sich befaßt. Auch hier lautet aber die merkwürdige Bemerkung, daß die Stadtverwaltung, die die Entwicklung der Stadt Karlsruhe unter der derzeitigen obersten Leitung der Verwaltung die erwünschte Richtung genommen, der fünf Verjüngung der Mitglieder begeben, auf Grund deren eine Wiederwahl des Oberbürgermeisters bedenklich erachtet. Einzig und allein an den Ergebnissen der Wirtschaft leitender Persönlichkeiten kann deren Leistungsfähigkeit und Brauchbarkeit erkannt werden. Herr Siegert wurde im Jahre 1906 als Nachfolger Schaefflers zum Oberbürgermeister gewählt. Er hatte damals schon die Erfahrung einer sechsjährigen Tätigkeit im Dienst der Stadt für sich. Mit dem richtigen Blick hat er eine seiner Hauptaufgaben in der Verwaltungserweiterung erfüllt und hat die Aufgabe bis zum heutigen Tag erfolgreich durchgeführt. Das Gesamtgebiet ist dadurch von 2100 Hektar auf 4500 Hektar angewachsen. Grundbesitz, Vermögen und Steuerleistung wurden vermehrt und gesteigert. Abwasser, Gaswerk und Elektrizitätswerk erhielten auf diese Weise die günstigsten Bedingungen für die eigene Entwicklung und Leistungsfähigkeit, so daß selbst die Rückschlüsse der Kriegsjahre die glänzende Entwicklung nicht ganz zum Stillstand bringen konnten. Die Abwasserentwässerung wurde auch in der Kriegszeit fortgesetzt; Bäume wurden fertig gestellt, die Wassergewinnung wurde eingerichtet, die Handwerkerzunft wurde neu organisiert und neue Unternehmungen der verschiedensten Art wurden projektiert. Das hat die Entwicklung der städtischen Wirtschaft und inangestellter Entwicklung des Karlsruher Gemeinwehens, die auch dem Blick des Fernersehenden nicht vorzuziehen bleiben, und die ohne die vielfache umsichtige Arbeit der leitenden Persönlichkeiten von den städtischen Kollegen, Beamten und Arbeitern nicht hätten aufgewiesen werden können. Demgegenüber können Beschwerden über Eigenschaften des inneren Dienstes nicht ein solches Gewicht beanspruchen, daß eine Wiederwahl abzulehnen wäre. Ein harmonisches Verhältnis zwischen der obersten Leitung der Verwaltung und der Beamtenkraft ist allerdings unerlässlich. Zur Herstellung eines solchen wird der Stadtrat Mittel und Wege finden. Mehr als bisher ist Fühlung zwischen dem Stadtrat und der Beamtenkraft erforderlich.

Raffen wir also den Oberbürgermeister und die beiden Bürgermeister, deren Amtsdauer abgelaufen ist, auch fernerhin auf ihren Posten, die sie mit gutem Erfolg bekleidet haben. Die Bürgermeisternstellen seien einen größeren Vorteil haben, als wenn in diesen auf sich so schweren Uebertragungen neue Männer — sie mögen noch so tüchtig sein — sich einzusetzen müßten, und die Erfahrungen der bisherigen leitenden Persönlichkeiten nicht mehr nutzbar wären. Was eine Parteimünche ist, sollte doch sicher auch der Allgemeinheit billig sein. Die Sozialdemokratie hat als einzige Partei alle ihre alten Stadträte wiedergewählt, obwohl sie ihre alten Stadträte wiedererwählt, obwohl sie nicht minder tüchtige Kraft besitzt. Sie weiß also den Wert der im Lauf der vergangenen Zeit gesammelten Erfahrungen für die Zukunft sehr wohl einzuschätzen und sollte deshalb auch dem Oberbürgermeister und den Bürgermeistern, die den Beweis erbracht haben, daß sie keine einseitige Parteipolitik treiben, sondern nur dem Wohle der Gesamtheit zu dienen befreit sind, ihr Vertrauen nicht entziehen.

Die hereditäre Forderung des Rathhauses und der Reichssozialdemokratie nach Uebertragung eines Bürgermeisternpostens muß gleichwohl ohne Bezug erfüllt werden. Hierfür sind zwei neue Bürgermeisternstellen zu errichten. Zentrum und Reichssozialdemokratie verhalten sich diesem Gedanken gegenüber teilweise ablehnend, weil sie befürchten, in der Bürgermeisternstelle hieraus der Schluß gezogen werden, man habe nur, um Parteimünche zu befriedigen, neue Stellen geschaffen. Wer aber in der Stadterweiterung in den letzten Jahren mitgewirkt hat, der weiß, daß sämtliche Bürgermeister so stark mit Arbeit überlastet sind, daß die Errichtung einer weiteren Stelle schon der Notwendigkeit als wünschenswert bezeichnet worden ist. In diese Stelle aber geschaffen, so können die Bürgermeister noch länger nicht so weit entlastet werden, daß sie von aller Kleinarbeit befreit sein werden und daß die Aufrechterhaltung ihrer Arbeit auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt wird. Nun kommt aber noch hinzu, daß der Geschäftsbereich des Rathhauses des Rathhausamts, Kaufmanns- und Verwaltungsamt abtrennen und einem besonderen Mitarbeiter übertragen werden müssen. Es kommt weiter hinzu, daß die Stadterweiterung der Stadt neue Aufgaben überweisen wird, z. B. auf dem Gebiet der Polizei, und endlich zu berücksichtigen, daß eine Bürgermeisternstelle einem Techniker übertragen werden soll. Diesen technischen Aufgaben werden in erster Linie rein technische Aufgaben zugewiesen sein. Die übrigen Zweige der Verwaltung wird er kaum entlasten können. Diese Gestaltung der Dinge zwingt zur Errichtung weiterer leitender Stellen, und wenn sie nicht errichtet werden, so wäre die Errichtung nur eine Frage kurzer Zeit. Denn wie sollte anders der neue umfangreichere Verwaltungsdienst bewältigt werden, wenn man sich auf die bisherige Zahl der Bürgermeister beschränkt und zwei der Stellen ganz neuen Leuten übertragen wollte. Sie finden also in kürzester Frist doch vor der Notwendigkeit, neue Stellen zu errichten und die Mittel hierfür zu bewilligen, und hätten, wenn die bisherigen Bürgermeister nicht mehr gewählt werden würden, der Bürgermeisternstelle völlig überflüssigweise die Rathhausstelle für zwei oder drei Bürgermeister aufgegeben.

Meine feste Ueberzeugung ist es, daß die berufenen Vertreter der Bürgermeistern unserer Stadt den besten Dienst erweisen, wenn sie sich zu diesem Kompromiß anlassen. Die rein geschäftsmäßige Einbindung, ein Oberbürgermeister und fünf Bürgermeister seien für eine Stadt von 140 000 Einwohnern zu viel, ist deswegen nicht haltbar, weil es gleichgültig ist, ob die neuen Arbeitskräfte, deren Anstellung einmal sachlich begründet und notwendig ist, Bürgermeister oder besagte Stadträte sind. Die Hauptsache ist, daß der Bürgermeister und der Stadtrat die gesellschaftliche Verantwortung für die übernehmenden und ihnen im übrigen selbständige Arbeit überlassen kann.

Die vorerwähnte Lösung wird bei objektiver Beurteilung der Sache auf allen Seiten beifällig sein, und wird vor allem dem Gang der städtischen Verwaltung von dem stehenden Druck der jetzigen Unsicherheit befreit, welche den der Neuordnung wird auch ein neuer Fingerschlag in die Verwaltung kommen, und die Bürgermeisternstelle wird es nicht bereuen, neben den bisherigen beauftragten Leuten auch neuen tüchtigen Männern freie Bahn gemacht zu haben.

haben aufgewiesen werden können. Demgegenüber können Beschwerden über Eigenschaften des inneren Dienstes nicht ein solches Gewicht beanspruchen, daß eine Wiederwahl abzulehnen wäre. Ein harmonisches Verhältnis zwischen der obersten Leitung der Verwaltung und der Beamtenkraft ist allerdings unerlässlich. Zur Herstellung eines solchen wird der Stadtrat Mittel und Wege finden. Mehr als bisher ist Fühlung zwischen dem Stadtrat und der Beamtenkraft erforderlich.

Raffen wir also den Oberbürgermeister und die beiden Bürgermeister, deren Amtsdauer abgelaufen ist, auch fernerhin auf ihren Posten, die sie mit gutem Erfolg bekleidet haben. Die Bürgermeisternstellen seien einen größeren Vorteil haben, als wenn in diesen auf sich so schweren Uebertragungen neue Männer — sie mögen noch so tüchtig sein — sich einzusetzen müßten, und die Erfahrungen der bisherigen leitenden Persönlichkeiten nicht mehr nutzbar wären. Was eine Parteimünche ist, sollte doch sicher auch der Allgemeinheit billig sein. Die Sozialdemokratie hat als einzige Partei alle ihre alten Stadträte wiedergewählt, obwohl sie ihre alten Stadträte wiedererwählt, obwohl sie nicht minder tüchtige Kraft besitzt. Sie weiß also den Wert der im Lauf der vergangenen Zeit gesammelten Erfahrungen für die Zukunft sehr wohl einzuschätzen und sollte deshalb auch dem Oberbürgermeister und den Bürgermeistern, die den Beweis erbracht haben, daß sie keine einseitige Parteipolitik treiben, sondern nur dem Wohle der Gesamtheit zu dienen befreit sind, ihr Vertrauen nicht entziehen.

Die hereditäre Forderung des Rathhauses und der Reichssozialdemokratie nach Uebertragung eines Bürgermeisternpostens muß gleichwohl ohne Bezug erfüllt werden. Hierfür sind zwei neue Bürgermeisternstellen zu errichten. Zentrum und Reichssozialdemokratie verhalten sich diesem Gedanken gegenüber teilweise ablehnend, weil sie befürchten, in der Bürgermeisternstelle hieraus der Schluß gezogen werden, man habe nur, um Parteimünche zu befriedigen, neue Stellen geschaffen. Wer aber in der Stadterweiterung in den letzten Jahren mitgewirkt hat, der weiß, daß sämtliche Bürgermeister so stark mit Arbeit überlastet sind, daß die Errichtung einer weiteren Stelle schon der Notwendigkeit als wünschenswert bezeichnet worden ist. In diese Stelle aber geschaffen, so können die Bürgermeister noch länger nicht so weit entlastet werden, daß sie von aller Kleinarbeit befreit sein werden und daß die Aufrechterhaltung ihrer Arbeit auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt wird. Nun kommt aber noch hinzu, daß der Geschäftsbereich des Rathhauses des Rathhausamts, Kaufmanns- und Verwaltungsamt abtrennen und einem besonderen Mitarbeiter übertragen werden müssen. Es kommt weiter hinzu, daß die Stadterweiterung der Stadt neue Aufgaben überweisen wird, z. B. auf dem Gebiet der Polizei, und endlich zu berücksichtigen, daß eine Bürgermeisternstelle einem Techniker übertragen werden soll. Diesen technischen Aufgaben werden in erster Linie rein technische Aufgaben zugewiesen sein. Die übrigen Zweige der Verwaltung wird er kaum entlasten können. Diese Gestaltung der Dinge zwingt zur Errichtung weiterer leitender Stellen, und wenn sie nicht errichtet werden, so wäre die Errichtung nur eine Frage kurzer Zeit. Denn wie sollte anders der neue umfangreichere Verwaltungsdienst bewältigt werden, wenn man sich auf die bisherige Zahl der Bürgermeister beschränkt und zwei der Stellen ganz neuen Leuten übertragen wollte. Sie finden also in kürzester Frist doch vor der Notwendigkeit, neue Stellen zu errichten und die Mittel hierfür zu bewilligen, und hätten, wenn die bisherigen Bürgermeister nicht mehr gewählt werden würden, der Bürgermeisternstelle völlig überflüssigweise die Rathhausstelle für zwei oder drei Bürgermeister aufgegeben.

Meine feste Ueberzeugung ist es, daß die berufenen Vertreter der Bürgermeistern unserer Stadt den besten Dienst erweisen, wenn sie sich zu diesem Kompromiß anlassen. Die rein geschäftsmäßige Einbindung, ein Oberbürgermeister und fünf Bürgermeister seien für eine Stadt von 140 000 Einwohnern zu viel, ist deswegen nicht haltbar, weil es gleichgültig ist, ob die neuen Arbeitskräfte, deren Anstellung einmal sachlich begründet und notwendig ist, Bürgermeister oder besagte Stadträte sind. Die Hauptsache ist, daß der Bürgermeister und der Stadtrat die gesellschaftliche Verantwortung für die übernehmenden und ihnen im übrigen selbständige Arbeit überlassen kann.

Die vorerwähnte Lösung wird bei objektiver Beurteilung der Sache auf allen Seiten beifällig sein, und wird vor allem dem Gang der städtischen Verwaltung von dem stehenden Druck der jetzigen Unsicherheit befreit, welche den der Neuordnung wird auch ein neuer Fingerschlag in die Verwaltung kommen, und die Bürgermeisternstelle wird es nicht bereuen, neben den bisherigen beauftragten Leuten auch neuen tüchtigen Männern freie Bahn gemacht zu haben.

Badische Politik.

Badens Frauen.

Frauen aller Parteien Badens haben nachstehenden Aufruf an die Frauen der neutralen und der feindlichen Länder erlassen:

Nach einem furchtbaren Weltkrieg, der auch den Frauen aller kämpfenden Völker Opfer aus Gleichen auferlegt hat, unter Heer auf Befehl der Regierung im Vertrauen auf die 14 Punkte Wilsons die Waffen abgelegt. In dem Gedanken, daß das Leben wieder voller Licht und Sonnenschein aufatmet, hoffend auf einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit. Wir sind bitter enttäuscht worden.

Was unsere Geister nicht fordern, ist eine neue Weltordnung, eine neue Weltanschauung, die den Verfall der lebenden und zukünftigen Geschlechter, ist Schader mit Land und Volk.

Gattinnen, Mütter, Schwestern aller Neutralen und unserer Geister! Ihr seid gewiß einta mit uns, daß dem kommenden Geschlecht ein Arien, wie wir ihn erlebt haben, erspart bleiben sollte! Selbst mit, daß dieser Friede nicht die Saat neuen Hasses aufgehen lasse! Selbst mit, daß der Friede ein Arien der Veröhnung wird, und sich durch ihn ein Ideal angebahnt Verlebens der Völker vermittelten kann!

Die Frauen aller Parteien.

Veränderung in der Leitung der Landesveränderungsanstalt.

Wie wir hören, stehen in leitenden Stellen der Landesveränderungsanstalt Veränderungen bevor. Der Vorsitzende des Vorstandes der Anstalt, Geh. Rat Anton Bed beabsichtigt, demnächst in den Ruhestand zu treten. Mit ihm würde sich nicht nur ein aherkennnter Leiter der Anstalt, sondern auch eine im politischen Leben bekannte Persönlichkeit vom öffentlichen Wirken zurückziehen. Geh. Rat Bed, der von Karlsruhe stammt und im 63. Lebensjahr steht, war im Jahre 1881 in den badischen Staatsdienst eingetreten, zuerst im Verwaltungsamt tätig und 1914 als Nachfolger Hofmann an die Spitze der Landesveränderungsanstalt gestellt. Als Mitglied der Nat.-Liberalen Partei vertrat er von 1898 bis 1914 den 12. badischen Reichstagswahlkreis Heidelberg-Gerbach-Mosbach. In den Kriegsjahren 1915/17 beistellte er sich auch im Roten Kreuz als Vorstand der Denkmalschutz und des Sammelwesens. Ueber seinen Nachfolger ist noch nichts bestimmt, amal hier auch die Reichsverwaltung mitzubedenken hat.

Die von verschiedenen Blättern abgedruckte, anscheinend einer Korrespondenz entnommene Meldung, Landtagsabgeordneter Karl Kaufmann-Heidelberg sei für einen leitenden Posten in der Landesveränderungsanstalt für Baden ausgerufen, wird von unterrichteter Stelle als verfrüht besichtigt.

Die Verpflichtung der Bezirksräte.

Das Ministerium des Innern hat unter Aufhebung des Erlasses vom 1. Oktober 1864 über die Ernennung der Bezirksräte bestimmt, daß hinsichtlich der Bezirksräte bei ihrer ersten Veranlassung durch feierliches Sündelübende an Eidenschaft in folgenden Worten verpflichtet werden:

„Ich verpflichte durch feierliches Sündelübende an Eidenschaft, daß ich meine Pflichten als Bezirksrat treu und gewissenhaft erfüllen werde.“ Auf Erbe und Gemüßen.

Der Verpflichtung abt eine Belehrung über die Bedeutung des Sündelübendes und die Aufgaben der Bezirksräte voraus.

Tom Landtag.

Die von einem Heidelberg Blatte gebrachte und auch von uns übernommene Nachricht, Landtagsabgeordneter, Universitätsprofessor Dr. C. Gotthein sei schwer erkrankt, ist erfreulicher Weise nicht richtig. Nach dem „Heidelberg Tagblatt“ erfreut sich Geh. Rat Gotthein der besten Gesundheit. Er hat lediglich die Pfingstferien dazu benützt, um nach der starken Arbeitslast der letzten Wochen in einem Sanatorium sich einige Tage zu erholen.

In Ergänzung unserer Mitteilung in der Sonntagnummer sei mitgeteilt, daß die Landtagsabgeordnete Marianne Weber-Heidelberg ihr Mandat im Landtag noch bis zum Herbst ausüben wird.

Theater und Musik.

Deutsche Aufführung eines „Shaw“ in Frankfurt a. M.

Wenn Bernhard Shaw mit dem Titel eines seiner Theaterstücke eine Groteske verspricht, so kann man sicher sein, daß man auch wirklich eine Groteske vor sich bekommt. Das Frankfurter Schauspielhaus brachte Shaw's „Große Katharina“ als Hauptstück heraus. Die Kontrastierung zwischen westlicher Kultur, deren Vertreter im Stück Rittermeister Christian ist, und russischer Kultur ist Shaw prächtig gelungen. Mit feinen Einzelstrichen hat er in vier Bildern scharf gezeichnete Einzelfiguren und schildert ihren Tanz um die große Katharina, deren kleine und kleine Menschlichkeiten zur Groteske angezogen werden. Am feinsten ist Shaw Potemkin, der ewig begehrt russische Vorbar, gelungen. Er wurde von Toni Impeloven in ganz hervorragender Weise gespielt, witzig und ins übertriebene Nüchternheit hineingepiekt. Die Rolle der Katharina hatte Kitty Fischer inne und führte sie trotz ihres echten Bühnentemperamentes strengt ans Ziel. Der tapere Rittermeister, der von Katharina der Hölle unterzogen wird, wurde von Ernst Karow geschickt ins engherzig Weltliche hineingezogen. Auch die anderen Rollen lagen in guten Händen.

In merkwürdigem Kontrast zu diesen vier figuralen Bildern stand die ihr folgende Komödie „Eine Verrechnung“ in einem Akt von Gustav Bied. Diese Komödie ist mit der Modernität entworfen. Jeder einzelne der auftretenden acht alten Detren, von denen der jüngste lediglich und der älteste zweihundertjährig Jahre alt ist, ist mit tausend kleinen Strichen gezeichnet. Es sind alles Menschen, die so jenseits des Lebens stehen, daß der eine mit dem anderen abrechnen kann. Es kommt zu Geständnissen, die zwischen Lebenswärmen zu höchstem Konflikt geführt hätten; hier aber, bei den Zeitlosen, gibt es ein Verzeihen und Verzeihen und ein kameradschaftliches Teilen. Kein Theaterstück, oder eine Nachahmung. Geipelt wurden die Hauptrollen von Toni Impeloven und von Max Schred. Beide gaben ihren Rollen feine Nuancen. Das Publikum, das sich bei der „Großen Katharina“ wohl fühlte, konnte mit dieser Verrechnung nicht viel anfangen. Die Spielweise beider Stücke lag in den bewährten Händen von Brüggemann, der im ersten mit der Bühnensicht gute Bildwirkungen erstellte und dem zweiten Stück ein reizvolles Interieur schuf, über dem etwas didaktische Sentimentalität schwebte.

Berliner Sommertheater.

Die Berliner Bühne, hat die Wende zum leichten Fortschritt mit einer solchen Fülle von Doppelblättern vollzogen, daß zur Betrachtung die Besitze eines so gut wie verdrängten Vertrauensmanns nicht zu entbehren war. Star hochkomisch nutzte übrigens schon der Abschluss der dieswintlichen Experimente an, die von der Gesellschaft „Das junge Deutschland“ im Deutschen Theater veranstaltet wurden. Man gab, nach der jahrganglichen „Wupper“ der Elise Vaster-Schüler, die nunmehr in lichten Stunden eine Dichterin ist, hübenummögliche folioselbstige Vorkammlerwerke des scheidlich modernen Malers Kotschka, der seine Freunde vom futuristischen Klingel des „Sturms“ wohl nicht mit Unrecht für einen begabten Bildkünstler halten, dem aber um Dichter, zum Dramatiker gar, jede Spur von Aktualität fehlt. Experimente gehören gewiss zu den Aufgaben einer derartigen dramatischen Gesellschaft, dieses Experiment aber war von klassischer Ueberlegenheit. Die künstlerische Arroganz und Abnungsligkeit allen tun's doch nicht. So wenig man den neuerdings in Berlin wieder auftommenden Sport des Bremsenradfahrens schon finden kann, im Fall Kotschka war der wilde Abwehrkampf mit Hausmusikinstrumenten und „Reichsunge“-Rufen jedenfalls kein ungeschicktes Volksgesicht.

Zur wohlbedachten Gestaltung des Schauspielersdramas, bei dem die altbewährten Mittel temperamentvoll auf ein erprobtes Motiv — hier das Dichtertum und Damaufen — angewandt werden, zählt „Die Rutschbahn“. Beide Verfasser sind sehr routinierter Schauspieler. Von Heinz Geydron kennt man nur grobe Mache, Kurt Göh hat sich längst durch ein paar witzige Grotesken eingeführt. Weiber Kollege, der trodene treffliche Komiker Max Albalert, tat als Dasteller nundestens sowie wie der Verfasser, tat den Erfolg, den das Spielchen im Kleinkunsttheater fand.

In den Kammerspielen leitete man etwas komplizierter zur Sommerzeit über „Eifersucht“ von Artzibaschew, dem debakanten Russen, dessen Roman „Stamm“ vor Jahren vorzüglich kraft eines Zensurverbot's Beachtung gefunden hat, erörtert mit typisch russischer Weisheitsweisheit alles mögliche Unheil, das weibliche Geschlecht und im Zusammenhang damit begriffliche Eifersucht zu verleben vermag. Das dramatische Minderwertigkeit wird auch hier aufgenogen durch die schauspielerische Einseitigkeit. Leopoldine Konstantin, Schülerin und noch immer jugendlich feisende Witwe weiland Meister Stratofsch, beherbergt den Abend durchaus mit ihrer reizen Kunst und ihren weiblich-theater-

Kunst und Wissenschaft.

Mannheimer Kunstverein.

Die Ausstellung des Stuttgarter Künstlerbundes, die gegenwärtig alle Eckt des Kunstvereins füllt, ist in mehrfacher Hinsicht interessant und belehrend, wenn sie auch nicht durch besondere künstlerische Werte herborragt. Nur einzelne wenige Erscheinungen machen dabei eine bemerkenswerte Ausnahme.

Zunächst erhebt, daß der Stuttgarter Künstlerbund nicht eine einheitliche, in sich geschlossene Künstlergruppe mit bestimmtem Programm ist, sondern daß seine Mitglieder sich wahrscheinlich aus künstlerisch oder wirtschaftspolitischen Gründen zusammengeschlossen haben bei völliger Freiheit des Einzelnen in künstlerische Hinsicht. Vom ältesten Akademismus bis zum allerneuesten Richtungsprogramm, vom dilettantischen Mäklerei bis zum stärksten Neuzer, der sein eigenes Können und Wollen ad absurdum führt, geben alle Spielarten des Ausdrucks durcheinander. Die Mannheimer Gängelkommission oder die sonst dafür verantwortliche Stelle, hat fruchtbarer Weise eine leuchtende Haltung eingenommen und die Behänge der Bände schriftweise in immer modernerem Sinne gehalten. Man kann also lobel mehr Brüche als Entwicklungsreihen: Beweis genug, daß auch in der Stuttgarter Künstlerkraft innerhalb einer Gruppe eben viel „Gegensätze“ strömungen, Richtungen Gegenstände und Leistungen vorhanden sind, wie es anderwärts in Deutschland der Fall ist.

Das braucht weiter nicht zu beunruhigen. Die Freiheit ist gegeben (oder genommen); die wenigsten unter den Krametischen wissen den Gebrauch davon zu machen, der ihrem Wien nachgerungen und entsprechen würde: Sie sammeln in Theorien und Rezepten herum. Damit kommen wir auf den zweiten interessanten Punkt.

Von den bekannten Verecktern der „Moderne“ in Stuttgart, die indes durch Werke selbst nicht vertreten sind, also wahrscheinlich auch nicht zum Künstler-

Personalien.

Prof. Dr. med. Paul von Baumgarten, Direktor des pathologisch-anatomischen Instituts in Tübingen, ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden. Sein Spezialgebiet ist die Tuberkuloseforschung. Es glückte ihm, auf selber Zeit und vollständig unabhängig von Robert Koch, den spezifischen Tuberkulosebazillus zu entdecken (1882). Mit Hilfe dieses von der Christlichen Methode gefärbten Bazillus vermochte er sodann die histologische Entwicklung des Tuberkels im Tier verhalten worden war. — In Dresden ist nach dem Tod des Ordinarius für Elektromechanik an der dortigen Technischen Hochschule, Wilhelm Kübler, 46 Jahre alt

Der Privatdozent für Chemie und Assistent am chemischen Laboratorium der medizinischen Abteilung der hiesigen Universität, Dr. W. Schöeller (Berlin) ist zum a. o. Professor ernannt worden.

Aus Baden.

Karlsruhe, 10. Juni. Am Freitagvormittag fand die diesjährige Vertreterversammlung des Badischen Stenographenbundes...

Waldbrunn, 10. Juni. Die Neuerkrankungen an Typhus sind in den vergangenen acht Tagen dem Betrag nach von einem Schwund der Hälfte gesprochen werden kann...

Mannheim, 10. Juni. Nach Verhandlungen mit den Regierungsbehörden haben die hiesigen Birnebesitzer, den von heute an beabsichtigten Streik...

Heidelberg, 10. Juni. Beim Verabschieden eines der hiesigen hängenden Strohhüte hat ein Mann namens Anna Siegel in dem...

Heidelberg, 10. Juni. Ein Gewerkschaftler brachte einen Briefkasten, der 10 Minuten dauerte und in dem...

Heidelberg, 10. Juni. In der Wohnung eines hiesigen Händlers im Sinne des Gesetzes (wegen...

Heidelberg, 10. Juni. Ein Gewerkschaftler brachte einen Briefkasten, der 10 Minuten dauerte und in dem...

Heidelberg, 10. Juni. In der Wohnung eines hiesigen Händlers im Sinne des Gesetzes (wegen...

Heidelberg, 10. Juni. Ein Gewerkschaftler brachte einen Briefkasten, der 10 Minuten dauerte und in dem...

Heidelberg, 10. Juni. In der Wohnung eines hiesigen Händlers im Sinne des Gesetzes (wegen...

Heidelberg, 10. Juni. Ein Gewerkschaftler brachte einen Briefkasten, der 10 Minuten dauerte und in dem...

Heidelberg, 10. Juni. In der Wohnung eines hiesigen Händlers im Sinne des Gesetzes (wegen...

Heidelberg, 10. Juni. Ein Gewerkschaftler brachte einen Briefkasten, der 10 Minuten dauerte und in dem...

Heidelberg, 10. Juni. In der Wohnung eines hiesigen Händlers im Sinne des Gesetzes (wegen...

Heidelberg, 10. Juni. Ein Gewerkschaftler brachte einen Briefkasten, der 10 Minuten dauerte und in dem...

Heidelberg, 10. Juni. In der Wohnung eines hiesigen Händlers im Sinne des Gesetzes (wegen...

Heidelberg, 10. Juni. Ein Gewerkschaftler brachte einen Briefkasten, der 10 Minuten dauerte und in dem...

Heidelberg, 10. Juni. In der Wohnung eines hiesigen Händlers im Sinne des Gesetzes (wegen...

Heidelberg, 10. Juni. Ein Gewerkschaftler brachte einen Briefkasten, der 10 Minuten dauerte und in dem...

Heidelberg, 10. Juni. In der Wohnung eines hiesigen Händlers im Sinne des Gesetzes (wegen...

Heidelberg, 10. Juni. Ein Gewerkschaftler brachte einen Briefkasten, der 10 Minuten dauerte und in dem...

Heidelberg, 10. Juni. In der Wohnung eines hiesigen Händlers im Sinne des Gesetzes (wegen...

Heidelberg, 10. Juni. Ein Gewerkschaftler brachte einen Briefkasten, der 10 Minuten dauerte und in dem...

Heidelberg, 10. Juni. In der Wohnung eines hiesigen Händlers im Sinne des Gesetzes (wegen...

Heidelberg, 10. Juni. Ein Gewerkschaftler brachte einen Briefkasten, der 10 Minuten dauerte und in dem...

Neue Wege der Wohnungsreform. Ueber diese bei der großen Wohnungsnot so wichtige Frage...

Religiöse Heimat. Landesverein für Volkskunde, ländliche Volkshauspflege, Heimat- und Heimatschutz...

Der Tierkasserverein hielt im Mai d. J. erstmals eine öffentliche Versammlung ab, die sich eines überaus zahlreichen Besuches erfreute...

Der Verein hält Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 Uhr, seine letzte Winterversammlung im Nebenraum der...

Colosseum. Nur noch fünfmal tritt der ausgezeichnete Darsteller des deutsch-holländischen...

Residenztheater. „Die Diskretion“ heißt das Detektiv-Stück, das von heute an in der Waldstraße...

Standesbuch-Auszüge. Ehehochzeiten. 7. Juni: Fräulein Schuler von Ebdorfer, Heiter hier, mit Anna Schuler von Ebdorfer...

Ehehochzeiten. 10. Juni: Volksgang v. Sed von hier, Kaufmann hier, mit Anna Fritzer von Benden...

Todesfälle. 5. Juni: Karol Reitter, alt 78 J., Witwe von Philipp Reitter, Schneidermeister; Wilh. Kelle...

Der Postverkehr zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland sollte, nach...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Wahlverfugung. Durch die heißen, gemitterten Sommer Tage und durch die tosenden Eisenbahnverkehrsverhältnisse über Wingen ist es trotz aller...

Letzte Nachrichten.

Die Mannheimer Radikalen.

(Eigener Drahtbericht.) Mannheim, 10. Juni. Die radikale Mannheimer Arbeiterpartei hatte als Protest gegen die...

Beliebigung der Regierungstruppen. (Eigener Drahtbericht.) Berlin, 10. Juni. Der Reichswehrminister...

Unfere Afrikaner. (Eigener Drahtbericht.) Genua, 10. Juni. Heute nachmittag sind in Rotterdam auf dem Dampfer „Gamborg Castle“ 400...

Jahrmännliche Schulaufsicht in Preußen. (Eigener Drahtbericht.) Berlin, 10. Juni. Die gegenwärtigen nebenamtlichen...

Die Buren und die Verwaltung von Südafrika. (Eigener Drahtbericht.) Amsterdam, 10. Juni. (Wolff.) Der politische...

Amsterdam, 10. Juni. Der „Morningpost“ wird aus Kairo gemeldet, daß in Kgypten der Streik...

Amsterdam, 10. Juni. Nach einer „Times“-Meldung aus New York wird die Lage in Mexiko als sehr kritisch angesehen.

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Nachdruck der mit einer Giffre versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Die ausländischen Wertpapiere. In Beantwortung der „kleinen Anfragen“ über die Auslandsbörse...

Berliner Börse. Berlin, 10. Juni. An der Börse waren auf dem Montanmarkt reiner Umsätze zu verzeichnen...

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für: 6. Juni 1919, 10. Juni 1919.

Holland 568- 565.50 568- 565.50 Dänemark 337- 337.50 337- 337.50 Schweden 353- 353.50 353- 353.50 Norwegen 377- 377.25 377- 377.25 Oesterreich-Ungarn 53.45 53.55 53.45 53.55 Spanien 283- 284- 283- 284- Belgien 127.75 128.25 127.75 128.25

Berliner Kursnotierungen.

Table with 2 columns: Name of stock/exchange and Price. Includes entries like Schantungbahn, Gr. Berl. Strassenb., Sächs. Eisenb., etc.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 10. Juni. Zurückhaltung war auch heute die Ursache der bescheidenen Umsätze, die sich vollzogen. Die Hoffnung auf die Antwort der...

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with 2 columns: Name of stock/exchange and Price. Includes entries like Badische Bank, Darmstädter Bank, etc.

Washington, 10. Juni. (Reuters.)

Das Ausfuhrverbot an Gold aus den Vereinigten Staaten nach allen Ländern mit Ausnahme der feindlichen und dem bolschewistischen Russland ist aufgehoben worden.

Vom Wetter.

Wettervorhersage für Mittwoch, den 11. Juni: Der hohe Druck, dessen Kern über Frankreich liegt, hat sich verflüchtigt und über fast ganz Nordeuropa ausgebreitet.

Advertisement for AMBI (Aluminium-Bau) featuring the text 'Der zeitgemäße Massiv-Bau: AMBI' and 'AMBI, Abt. I Berlin-Johannisthal'.

Karlsruher Stadtrat.

Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 5. Juni.

Fürsorge für die heimkehrenden Kriegsgefangenen. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene in Berlin hat an die Oberbürgermeister und Bürgermeister der deutschen Städte die Aufforderung gerichtet, mit künftiger Beschleunigung Maßnahmen zu treffen, die einen würdigen Empfang und eine geordnete Lebensführung der künftigen in Wälder heimkehrenden Kriegsgefangenen gewährleisten.

Kleingärten an der Durlacher Allee. Das Gartenamt wird ermächtigt, südlich der Durlacher Allee weitere 5700 qm Gelände — östlich der bisher fertiggestellten Kleingartenanlage — für Kleingärten herzurichten. Die Mittel hierfür im Betrage von 10 000 Mark werden in den beim Bürgerausschuß angeforderten weiteren Kredit für Ausführung von Notstandsarbeiten aufgenommen.

Erbauung von Kleinwohnungen. Das vom Städt. Hochbauamt ausgearbeitete Projekt für die Erbauung weiterer acht Häuser mit 54 Wohnungen (2 Einzimmer, 10 Zweizimmer, 31 Dreizimmer- und 2 Vierzimmerwohnungen) hinter der Tulla-Schule wird gutgeheißen und beschloffen, beim Bürgerausschuß die hierfür erforderlichen Lebensmittelpreise in Höhe von 1 529 900 M. anzufordern.

Erwerbsloshilfe. Verbandssekretär Hoff hier schlägt die Errichtung einer ständigen Beschäftigungsanstalt für Erwerbslose vor, in der Leute, die arbeitslos geworden sind, vorübergehend beschäftigt werden können (z. B. mit dem Zerlegen von Holz und dergl.). Die Leitung der Anstalt soll einer gemeinnützigen Gesellschaft unterliegen, der die Stadt, die Gewerkschaften, die Krankenkassen, die Industrie usw. beizutreten hätten. Die Frage, die früher schon einmal erwohnen wurde, soll unter Verwertung der Vorschläge Hoff's erneut geprüft werden, zu welchem Zwecke der Stadtrat eine Kommission einsetzt.

Das Bahnamt beantragt als Notstandsarbeit die Anlage eines Mittel-Gleises beim Durlacher Bahnhof. Die Anschaffung soll dem Mühlhügel entnommen und mit der Straßenbahn an die Baustelle befördert werden. Der Aufwand beträgt 53 000 M. von 36 000 M. auf die Bewegung der Erdmassen entfallen. Die Arbeiten sollen zur Beschäftigung von Erwerbslosen alsbald in Angriff genommen werden. Der Stadtrat beifügt den Vorschlag vorbehaltlich der Anforderung der Mittel beim Bürgerausschuß gut.

Fasanengärten. Seitdem der Fasanengarten dem Publikum zugänglich gemacht ist, werden seine Anlagen, Bäume und Sträucher durch Betreten des Rasens, Abbrechen von Zweigen und Blüten usw. insbesondere durch Kinder vielfach beschädigt. Das Bezirksamt (Polizeidirektion) beschließt daher, die ortspolizeiliche Vorrichtung über den Schutz der öffentlichen Anlagen auch auf den Fasanengarten auszuweiten. Dabei sollen einige Verbote, die bisher für den Schloßgarten bestanden, fallen gelassen werden. Der Stadtrat erklärt sich mit der beschriebenen Anordnung der ortspolizeilichen Vorrichtung im allgemeinen einverstanden und ersucht die Schulbehörden, die Jugend dringend zur Schonung der öffentlichen Anlagen zu ermahnen.

Auflösung des Jungdeutschlandbundes Baden. (Eigener Bericht.)

Die Mitgliederversammlung vom 17. Mai hatte beschlossen, mit dem Landesrat für Körperpflege und Jugendberziehung Verhandlungen aufzunehmen, um festzustellen, ob er geneigt sei, die Jugendberziehung in sein Programm aufzunehmen. Zur Sache der Auflage sollte eine weitere Mitgliederversammlung am 7. Juni über die Auflösung des J.D.B. beschließen. Die Verhandlungen mit dem Landesrat haben stattgefunden und zu einer völligen Einigung geführt.

Auf letztem Samstag nachmittag hatte der Vorsitzende, Prof. Dr. Paulke, eine Vorstandssitzung und Ausschusssitzung und eine Mitgliederversammlung einberufen, die zur Frage der Auflösung Stellung nehmen sollte. Der Hauptgegenstand beschloß nach längerer Aussprache, mit allen gegen zwei Stimmen, der Mitgliederversammlung die Auflösung vorzuschlagen. Ferner wurde der § 23 der Satzung, wonach das Vermögen des Bundes im Falle der Auflösung an das Unterrichtsministerium fallen sollte, dahin abgeändert, daß der Hauptvorstand über die Verwendung des Vermögens bestimmen solle.

Die Mitgliederversammlung entschied gegen die Stimmen des Ortsverbandes Freiburg (Herr von Bed) und des Ortsverbandes Mannheim (Herr von Harber) für die Auflösung.

Darauf folgte eine längere Aussprache über die Verwendung des Vermögens. Drei Anträge wurden gestellt: erstens Verteilung an die beteiligten Verbände, zweitens Überweisung an die Regierung (Unterrichtsministerium) zur Verwendung für ähnliche Zwecke, drittens Übergabe an den Landesrat für Körperpflege und Jugendberziehung. Dem letzteren Antrag neigte die Mehrheit der Versammlung zu, und demgemäß hat auch die nochmals zusammengetretene Vorstandssitzung beschlossen

unter der Bedingung jedoch, daß der Landesrat auch die Jugendberziehung in sein Programm aufnimmt. Im anderen Falle soll das Vermögen, das etwa 30 000 M. beträgt, an die beteiligten Verbände verteilt werden.

Zum Schluß der Versammlung, der als des Unterrichtsministeriums Geh. Reg.-Rat Fritz Müller anwohnte, wurde noch eine Kommission eingesetzt, die die Liquidation des Bundes durchzuführen hat. Eine weitere Kommission prüft die Rechnung und läßt den Vorstand.

Mit dem Jungdeutschlandbund verschwindet eine Richtung, die besonders die Unterstützung des Hofes und der Regierung genossen hat und der Geldmittel in großem Umfange von allen Seiten zugeflossen sind. Der Landesrat war nicht mehr zügellos. Der Landesrat für Körperpflege und Jugendberziehung erhält zwar Geld, aber mit seiner Vergangenheit ist er nicht belastet, weder in den Personen, noch in der Tendenz. Ist wichtig, dies besonders festzustellen, um die fruchtbarsten freischaffenden Organisation alles aus dem Wege zu räumen, was ihr bei Lösung ihrer nicht leichten Aufgabe hinderlich sein könnte.

Statt Karten.

Olga Seligmann
Leo Loeb, Zahnarzt
Verlobte.

Herrenstraße 14 Karlsruhe Kreuzstraße 6.
Juni 1919.

Lazarus Bär Wwe.
Möbelmagazin Zirkel 3, Ecke d. Waldhornstraße.
Geegründet 1873. — Telefon 1925.
Komplette Wohnungs-Einrichtungen und einzelne Möbel.
Bitte genau auf meine seit 1873 bestehende altrenommierte Firma zu achten.

Gut Heil! M.V. Karlsruher Männer-Turnverein
Heute Mittwoch
Allgemeines Turnen.
Beginn: 7,9 Uhr.
Knaben-Turnen nachmittags 3 Uhr.

Kaffee Bauer
Heute Mittwoch, 8 Uhr abends
Großes Sonderkonzert
der verstärkten Kapelle.
Leitung: Konzertmeisterin Toni Graner.
Programm:
1. Uniform-Friedensmarsch, Marsch... Zomat.
2. Hofballhaus-Walzer... Lanner.
3. Ouvertüre zu Oper „Diabolische Elster“... Rossini.
4. Berceuse-Rovorio... Sgambati.
5. Zwei spanische Tänze... Moszkowski.
6. Große Fantasie aus „Tannhäuser“... Wagner.
Fauso:
7. Künstlerträume, Walzer... Vollstedt.
8. Verbotener Gesang Lied... Gastaldon.
9. Das Lercherli von Hermanns, Lied aus „Hohel laut Walzer“... Ascher.
10. Melodienstrauch aus Offenbachschen Operetten... Fetras.
11. Wenn du liebst, Walzer aus „Wo die Lerche singt“... Lehar.
12. Schlammarsch.

Bad. Schwarzwaldverein Ortsgruppe Karlsruhe. Donnerstag, den 12. Juni 1919. Vereinsabend im Moninger, Konkordiasaal. Anleitung zum Aufziehen von Karten. Blindenarbeit. Haushaltbürsten. Roßhaarbesen. gute Arbeit, empfehle W. Boos Viktoriastraße 6.

Städtisches Konzerthaus Mittwoch, den 11. Juni 1919. Hoheit tanzt Walzer. Operette in 3 Akten von J. Brammer und A. Grünwald. Musik von Leo Ascher. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. Eintrachtsaal Karlsruhe. Montag, 16. Juni, abends 7,8 Uhr Vortrags-Abend Lütjohann Karten zu Mk. 4.40, 3.30, 2.20 (inkl. Steuer) in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstr., Ecke Waldstr. Telefon 388.

Kaufgesuche
Besseres Haus mit 5 Zimmerwohnungen gegen Bar zu kaufen gesucht. Ang. Schmitt, Oppoltschen u. Viegenich. Büro, Durlacherstr. 43, Tel. 2117.
Haus m. Garten, evtl. Gut- oder Familienhaus mit Garten, auf Gemarkung Karlsruhe (Königsheim, Mühlw. Beierheim) od. Durlach zu kaufen gesucht. Ang. u. Pr. 1945 i. Tagblatt.
Neueres Wohnhaus mit am 1. Juli besteh. Wohnung in Karlsruhe od. Umgebung zu kaufen gesucht. Ausführl. Ang. u. Pr. 1943 i. Tagblatt, erb.
Herren-Fahrrad gut erb. m. Gummi, nur 8 Krivat zu kauf. gel. Ang. u. Pr. 1919 ins Tagblatt.
Maschinengewehr-wägelchen zu kauf. gef. ev. kann auch m. 2 Karften Sandwagengrader m. Moh. gefahret werden. Angebote unt. Pr. 1947 ins Tagblattbüro erb.

Die Verlobung ihrer Tochter Else mit dem Baupraktikanten Herrn Dipl.-Ing. Carl-August Hoffmann beehren sich anzuzeigen Dr. med. Féaux de Lacroix und Frau Anna geb. Doerflinger, Gondelsheim, Juni 1919.
Meine Verlobung mit Fräulein Else Féaux de Lacroix beehre ich mich anzuzeigen Carl-August Hoffmann, Bruchsal, Juni 1919, Bismarckstr. 30.

Maxim Vornehmstes Weinrestaurant Herrenstr. 16. am Platze. Telefon 419.

Welt-Kino Kaiserstraße 133
Mittwoch, den 11. Juni bis einschließlich Freitag, den 13. Juni:
Jimmy Valentine das Rätsel der Kriminalistik Spannender Detektivschlager in 5 Akten.
Der Herr Direktor. Lustspiel in 3 Akten.

National-Registertasse elektr. für 6 oder 9 Bedienungen, zu kaufen gesucht. Angebote gegen lof. Karte mit Preis unt. Pr. 1941 ins Tagblatt.
Ehemaliger Lehrling sowie ein 4rad. Sandwaggen zu kauf. gef. Angebote unter Pr. 1922 ins Tagblattbüro erb.

Kaufe fortwährend Federbetten und Hocharmaturen. J. Silbermann Brunnenstr. 1. Tel. 2551.
Bester Zahler für getragene Kleider, Schuhe, Bekleidung, Vorhänge, Teppiche, Lampen u. Porzellan, Malerei, Keller u. Speicherkammern. Preis.
Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonika werden fortwährend gekauft in Weintraubstr. u. Verkaufsgesch. Kronenstr. 52. Tel. 2747.

Schreibmaschinen-Reparaturen schnell, sauber, billig. J. C. Mosetter Nachf. Kaiserstraße 227 Telefon 3172.

Möbel Kleider, Schuhe, Hüte, Vorhänge, Federbetten, Teppiche sucht zu kaufen gegen gute Bezahlung. Gloger, Adlerstraße 18a.
Schreibtisch mit Aufz. querh. von Privat zu kaufen gesucht. Angebote unt. 1926 i. Tagblattbüro.
Washboard mit Badz. oren nur gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter Pr. 1940 i. Tagblattbüro erb.

Gloor & Appel Telefon 4992 KARLSRUHE Telefon 4992 Kaiserstraße 172 u. 190 liefert prompt ab Lager Motoren sowie sämtliche Installationsmaterialien Reparaturen werd. bill. ausgeführt.

Sanften langanhaltenden Schnitt garantiert meine Spezial-Marke Hummel-Rasiermesser r inall. Breiten vorrätig. Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältig fachgemäß geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärt. Karl Hummel Worderstr. 15. Telefon 1547

Turn- oder Tennisschuhe Gr. 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Bilanz-Aufstellung Vermögens-Aufstellungen Steuer-Erklärungen übernimmt H. R. Börner, beidseit. kaufm. Sachverständiger. — Telefon 3024. Karlsruhe — 13 Adelnichstraße 13.

Residenz-Theater Waldstr. 30. Durlach Grüner Hof. Schillerstr. 22. Spielplan Mittwoch bis Freitag.
Der Meisterdetektiv Harry Higgs in seinem neuesten Abenteuer Diskretion. Prinz Bubi und Nun wie bin ich zwei reizende Lustspiele. Angenehm kühler Aufenthalt.
Mister Wu Schauspiel in 5 Akten.
Joe Deeb's Das Auge des Götzen in 4 Akten.
Wenn der Bräutigam mit der Braut... reizendes Lustspiel in den Hauptrollen Melitta Petri Leo Peukert Hubert aulmüller.

In das Handelsregister A ist eingetragen:
 In Band I D. 3. 207 zur Firma Mark Häber
 in rth. Karlsruhe: Fabrikant Hans Häber,
 Karlsruhe, ist als persönlich haftender Gesellschafter
 in das Geschäft eingetreten. Dieses wird als
 unter 1. Januar 1918 errichtete offene Handels-
 gesellschaft unter der bisherigen Firma weiterge-
 führt. Die Protokolle des Theodor Reuter und
 des Otto Kräß bleiben bestehen.
 In Band V D. 3. 170 zur Firma Kraus & Lu-
 neit in Karlsruhe: Kaufmann Hans Kraus & Lu-
 neit hat das Geschäft auf Erstar & Luaneit,
 Krefeld und Kaufmann u. Friedrich Luaneit,
 Kaufmann in Karlsruhe übertragen, welche das-
 selbe als unter 1. Juni 1919 errichtete offene
 Handelsgesellschaft unter der Firma Kraus & Lu-
 neit in Karlsruhe, Geschäftsabst. weiterführen. Mit
 der Übertragung der Gesellschaft sind die beiden
 persönlich haftenden Gesellschafter nur gemeinlich
 berechtigt.

D. 3. 208; Firma und Sitz: Industrie-Werke
 in Karlsruhe. Geschäftsführer: Emil Greiner,
 Ingenieur, Karlsruhe, Heinrich Zamerlin,
 Schlossmeister, Wiesloch, und Eugen Sammitz-
 gott, Kaufmann, Durlach. Offene Handelsgesellschaft.
 Die Vertretung der Gesellschaft sind nur die
 Geschäftsführer Emil Greiner und Eugen
 Sammitzgott, und zwar jeder für sich allein
 berechtigt. (Abstimmung und Betrieb sämtlicher
 einzelner Maschinen.)
 D. 3. 209; Firma und Sitz: Karl Westermann,
 Karlsruhe. Einzelkaufmann: Karl
 Westermann, Dipl.-Kaufmann, Kehl.
 Kaufmann: Alfons Eick, Kaufmann, Karlsruhe.
 Kaufmann mit Neben- und Nebenbedarfs-
 geschäft.
 D. 3. 205; Firma und Sitz: Karl Weigand
 & Co. Karlsruhe. Persönlich haftende Gesellschafter:
 Karl Weigand, Kaufmann, Karlsruhe,
 Kaufmann Wilhelm Bergmann, Frieda, geb.
 Schmitt, in Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft.
 Die Gesellschaft hat am 6. Juni 1919 be-
 stehen. (Betrieb von Maschinen u. Ausrüstungen.)
 Karlsruhe, den 7. Juni 1919.

Badisches Amtsgericht B. 2.
 In das Handelsregister B Band IV D. 3. 20 ist
 zur Firma Mitteldeutsches Kreditbank, Filiale Karlsruhe,
 eingetragen: Dem Karl Westermann in Berlin
 ist die Vertretung der Gesellschaft übertragen,
 die er in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder einem
 vollvertretenden Vorstandsmitglied oder auch auf
 Grund Ermächtigung des Vorstandes mit Bewilli-
 gung des Aufsichtsrats in Gemeinschaft mit
 einem zweiten Vorstandsmitglied zur Vertretung der
 Gesellschaft berechtigt ist.
 Karlsruhe, den 6. Juni 1919.

Badisches Amtsgericht B. 2.
 In das Handelsregister B Band IV D. 3. 28 ist
 zur Firma Malo, Schuhbedarfsgesellschaft mit be-
 schränkter Haftung, Karlsruhe, eingetragen: Durch
 Beschluss des Aufsichtsrats vom 4. Juni 1919 ist die
 Vertretung der Gesellschaft auf Karl Eick, Kaufmann,
 Kaufmann in Karlsruhe, ist alleiniger Liquidator.
 Karlsruhe, den 6. Juni 1919.

Badisches Amtsgericht B. 2.
 In das Handelsregister B Band IV D. 3. 30 ist
 zur Firma Badische Vertriebsstelle, Gesellschaft
 mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, eingetragen:
 Kaufmann Ernst Seeger, Karlsruhe, ist
 Liquidator.
 Karlsruhe, den 6. Juni 1919.

Badisches Amtsgericht B. 2.
 In das Genossenschaftsregister ist zu Band
 D. 3. 58 zur Gartenstadt Karlsruhe, e. G. m. b. H.,
 Karlsruhe, eingetragen: Theodor Seuerli ist
 dem Vorstand ausgetreten; das Amt der
 stellvertretenden Vorstandsmitglieder Oberleit-
 nant a. D. Friedrich Schuster und Oberrentier
 Ernst Trautmann ist beendet. Durch Beschluss
 des Aufsichtsrates vom 7. April 1919 und 15. April
 1919 sind Oberleitnant Friedrich Schuster in
 Karlsruhe-Ruppurr als weitere Vorstandsmit-
 glieder bestellt worden.
 Karlsruhe, den 5. Juni 1919.

Badisches Amtsgericht B. 2.
 In das Güterrechtsregister ist zu Band IX ein-
 getragen:
 Seite 310: Weiner Adolf, Weber und Wirt,
 Karlsruhe und Kächle geb. Weber, Vertrag
 vom 18. Mai 1919. Erbschaftsgemeinschaft
 mit Vorbehalt der Frau.
 Seite 311: Berle Adam, Möbeltransportier,
 Karlsruhe und Elise geb. Witt, Vertrag vom 19. Mai
 1919. Erbschaftsgemeinschaft.
 Seite 312: Oberster Ludwig August, Bauein-
 richter, Karlsruhe und Friederike Salome geb.
 Witt, Vertrag vom 23. Mai 1919. Erbschaftsgemein-
 schaft mit Vorbehalt der Frau.
 Seite 313: Dittmar Gustav, Kaufmann, Karlsruhe
 und Frieda geb. Cammerer, Vertrag vom
 18. Mai 1919. Vorbehalt der Frau.
 Karlsruhe, den 6. Juni 1919.

Badisches Amtsgericht B. 2.
 In das Güterrechtsregister ist zu Band IX ein-
 getragen:
 Seite 310: Weiner Adolf, Weber und Wirt,
 Karlsruhe und Kächle geb. Weber, Vertrag
 vom 18. Mai 1919. Erbschaftsgemeinschaft
 mit Vorbehalt der Frau.
 Seite 311: Berle Adam, Möbeltransportier,
 Karlsruhe und Elise geb. Witt, Vertrag vom 19. Mai
 1919. Erbschaftsgemeinschaft.
 Seite 312: Oberster Ludwig August, Bauein-
 richter, Karlsruhe und Friederike Salome geb.
 Witt, Vertrag vom 23. Mai 1919. Erbschaftsgemein-
 schaft mit Vorbehalt der Frau.
 Seite 313: Dittmar Gustav, Kaufmann, Karlsruhe
 und Frieda geb. Cammerer, Vertrag vom
 18. Mai 1919. Vorbehalt der Frau.
 Karlsruhe, den 6. Juni 1919.

Badisches Amtsgericht B. 2.
 In das Güterrechtsregister ist zu Band IX ein-
 getragen:
 Seite 310: Weiner Adolf, Weber und Wirt,
 Karlsruhe und Kächle geb. Weber, Vertrag
 vom 18. Mai 1919. Erbschaftsgemeinschaft
 mit Vorbehalt der Frau.
 Seite 311: Berle Adam, Möbeltransportier,
 Karlsruhe und Elise geb. Witt, Vertrag vom 19. Mai
 1919. Erbschaftsgemeinschaft.
 Seite 312: Oberster Ludwig August, Bauein-
 richter, Karlsruhe und Friederike Salome geb.
 Witt, Vertrag vom 23. Mai 1919. Erbschaftsgemein-
 schaft mit Vorbehalt der Frau.
 Seite 313: Dittmar Gustav, Kaufmann, Karlsruhe
 und Frieda geb. Cammerer, Vertrag vom
 18. Mai 1919. Vorbehalt der Frau.
 Karlsruhe, den 6. Juni 1919.

Zahlungs-Aufforderung.
 Das fünfte Schmelz der Besitzener ist vom
 1. Juni 1919 fällig geworden. Die Eigentümerlichen
 werden aufgefordert, die fälligen Beträge
 bis zum 14. Juni zu entrichten. An
 den nicht gezahlten, so muss nach gesetzlicher Vor-
 schrift die Versteigerung eingeleitet und Veräuße-
 rung angeordnet werden. **Gewandt wird**
 nicht. Man wolle argwohnen.
 In Kriegsangelegenheiten kann die Besitzener nicht
 rechtzeitig werden. Auf Antrag kann in den dazu
 geeigneten Fällen der fällige Betrag gegen Sicher-
 stellung gestundet werden.
 Karlsruhe, den 6. Juni 1919.

Hauptsteueramt — Finanzamt.
 In das Güterrechtsregister ist zu Band IX ein-
 getragen:
 Seite 310: Weiner Adolf, Weber und Wirt,
 Karlsruhe und Kächle geb. Weber, Vertrag
 vom 18. Mai 1919. Erbschaftsgemeinschaft
 mit Vorbehalt der Frau.
 Seite 311: Berle Adam, Möbeltransportier,
 Karlsruhe und Elise geb. Witt, Vertrag vom 19. Mai
 1919. Erbschaftsgemeinschaft.
 Seite 312: Oberster Ludwig August, Bauein-
 richter, Karlsruhe und Friederike Salome geb.
 Witt, Vertrag vom 23. Mai 1919. Erbschaftsgemein-
 schaft mit Vorbehalt der Frau.
 Seite 313: Dittmar Gustav, Kaufmann, Karlsruhe
 und Frieda geb. Cammerer, Vertrag vom
 18. Mai 1919. Vorbehalt der Frau.
 Karlsruhe, den 6. Juni 1919.

Kinder des Rheines.
 Roman von Anny Bothe.
 Alle Rechte, auch das der Uebersetzung, vorbehalten.
 Copyright 1918 by Anny Bothe-Mahn, Weizsäcker.
 (Nachdruck verboten.)

„Nein,“ antwortete der Kommerzienrat nach
 einer Weile tiefen Schweigens, „er gab das
 Wort freiwillig, weil er sich das Glück
 zu erringen, selbst verheiratet hat. Ich hätte
 dir gern erlaubt, mein Kind, was ich dir jetzt
 mitteilen muss. Du fragst mich und ich muß
 wohl oder übel die Wahrheit sagen, die dir
 besser verborgen bliebe. Winkler gehörte zu den
 bei Gläubigern, die um Berrundis worden
 oder richtiger gesagt, um ihr Geld, er gehörte
 zu denen, die Dünkeln in diesem Weltkampf
 schlugen. Die Liebe zu dir ist ihm dann inzwi-
 schen gekommen und er fühlte sich nun nicht wä-
 rend, dein Gatte zu werden. Natürlich ist er der
 Ansicht, daß er immer in den Verdacht kommen
 würde, es auch nur auf dein Geld abgesehen zu
 haben. Ich finde kein Wort, das dich begünstigt
 und dich ehrt, ich finde nur, daß du selbst
 nicht einen Mann nicht nehmen, von dem du
 weißt, daß er darauf ausging, das Geld deiner
 Schwester zu freuen.“
 „Gerdes ist still an ihres Vaters Seite.“
 „Von wem weißt du das?“ fragte sie endlich
 langsam.
 „Von ihm selbst, und was er nicht sagte, war
 infolgedessen zu erraten. Einer der drei sollte die
 liebe Braut heimführen und die zwei anderen
 sollten sich mit dem Gelde, das der Freund
 ihnen gewann, wieder aufbessern.“
 „Pftui, wie gemein,“ sagte Gerdes mit heiserer
 Stimme.
 „Das hast du schon einmal gesagt, Kind, und
 das ist es nicht. Ich gebe zu, die Absicht war

Bekanntmachung.
 Nr. 7. R. 550/4, 19. R. R. A.

Auf Grund der Verordnung des Bundes-
 rats über die wirtschaftliche Demobilisierung
 vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1292)
 und auf Grund des Erlasses des Rates der
 Reichsämter vom 12. November 1918 (Reichs-Gesetz-
 blatt S. 1904), wird folgendes angeordnet:

Artikel I.
 In der Bekanntmachung Nr. D. 1/6. 17. R.
 A. vom 26. September 1917, betr. Beschlag-
 nahme und Bestandserhebung von Korfböden,
 Korfbällen und den daraus hergestellten Halb-
 und Fertigerzeugnissen, tritt in
 3 Absatz 2,
 4 Satz 2,
 5 Riffer 1,
 6 Absatz 1, Satz 1 und 3,
 7
 und 8 Absatz 1 und Absatz 2, Satz 3

an die Stelle des Königlich Preussischen Kriegs-
 ministeriums und der Kriegsrobotoff-Abteilung
 des Königlich Preussischen Kriegsministeriums,
 des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin“
 und in
 5 Riffer 2, Satz 1 und 2,
 13 Absatz 2,
 und 16
 an die Stelle der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft
 Berlin W 50, Rürnbergerg Platz 1“ und
 des Königlich Preussischen Kriegsministeriums,
 Kriegsrobotoff-Abteilung, Sektion D“ die, Kriegs-
 wirtschaftsstelle des Reichswirtschaftsmini-
 steriums in Berlin, Bubapeiterstraße 1“.

Artikel II.
 In der Bekanntmachung Nr. D. 1/5.
 18. R. A. vom 18. Mai 1918 betr. Beschlag-
 nahme und Bestandserhebung von Korfböden,
 Korfbällen und den daraus hergestellten Halb-
 und Fertigerzeugnissen, tritt in Artikel 1 § 5
 Riffer 3, Absatz 1, Satz 1, und Absatz 2, Satz 2
 an die Stelle der Kriegsrobotoff-Abteilung des
 Königlich Preussischen Kriegsministeriums und
 der Kriegsrobotoff-Abteilung des Reichswirt-
 schaftsministeriums in Berlin“ und in
 Artikel V § 11
 an die Stelle der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft
 Berlin W 50, Rürnbergerg Platz 1“ die
 Kriegswirtschaftsstelle des Reichswirtschaftsmini-
 steriums in Berlin, Bubapeiterstraße 1“.

Artikel III.
 In der Bekanntmachung Nr. D. 2/3. 17. R. A.
 vom 26. September 1917, betr. Beschlag-
 nahme und Bestandserhebung von Korfböden,
 Korfbällen und Fertigerzeugnissen, tritt in
 5
 an die Stelle des aufständigen Militärbefehls-
 habers“ des Reichswirtschaftsministeriums in
 Berlin“ und in
 § 6
 an die Stelle der Kriegsrobotoff-Abteilung des
 Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Sektion
 D in Berlin, SW 18, Berl. Odenmann-
 straße 10“ die, Kriegswirtschaftsstelle des Reichs-
 wirtschaftsministeriums in Berlin, Bubapeiter-
 straße 1“.

Artikel IV.
 Diese Bekanntmachung tritt am 30. April 1919
 in Kraft.
 Berlin, den 30. April 1919.

Reichsministerium f. wirtschaftl. Demobilisierung.
 Im Auftrage: Wolffbüchel.

Bund deutscher Bodenreformer
 Ortsgruppe Karlsruhe.
 Donnerstag, 12. Juni, abends 8 Uhr, im
 „Doninger“, Gartenaal.

Ausprache
 über
Neue Wege
 der
Wohnungsreform.

Unsere Mitglieder sowie alle, die zur Behebung
 der großen Wohnungsnot beitragen wollen, sind
 hierzu freundlich eingeladen.
 Der Vorstand.

Die Kartenstelle
 des Kommunalverbandes Karlsruhe-Stadt ist ab
 11. Juni 1919 vom kleinen Postkassalan in die
 Räume des früheren Hotels

Kaffee Nowad, Eingang Grlfingerstraße
 Karlsruhe, den 10. Juni 1919.
 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Fleisch-Verteilung.

Infolge erhöhter Zufuhr in den letzten Tagen
 kann diese Woche — entgegen unserer ersten Be-
 kenntmachung — eine Fleisch- und Wurstverteilung
 erfolgen.
 Es werden auszugeben:
 75 Gramm Fleisch gegen 1/10 Fleischmarken
 50 Gramm Wurst gegen 2/10
 In den Wurstverteilungsstellen Gärtners und
 Zippelius erfolgt die Ausgabe von Wurst für
 diese Woche erst ab **Montag, den 16. Juni 1919**,
 in der eingetragenen Reihenfolge.
 Karlsruhe, den 10. Juni 1919.

Kartoffel-Versorgung.
 Bis zur neuen Ernte werden keine Kartoffel-
 marken mehr ausgeben. Es wird deshalb gegen
 die laufende Kartoffelmarkte 113a, b und 114c, d,
 der Bedarf für 8 Wochen mit **unterm 25**
Platz für eine Verteilung in den bekannten Ver-
 teilstellen verabfolgt.
 An Haushaltungen, deren Kartoffelbedarf er-
 höht ist, werden in den nächsten Tagen **weitere**
beschränkte Kartoffelmengen zum Preis von
 40 Pfennig für das Fund im Kartoffelamt,
 Kaiserstraße 11, in der Zeit von 8 bis 4 Uhr gegen
 Vorlage der Lebensmittelausweisstärke abgege-
 ben. Dringend erforderlich ist, daß der Einkauf in
 den Geschäften sowohl als im Kartoffelamt, bis
 spätestens 15. Juni erfolgt ist. Eine Gewand für
 spätere Verteilung kann nicht übernommen werden.
 Karlsruhe, den 4. Juni 1919.

Schneider u. Schuster
 stellt ein
 das II. Btl. Bad. Freiw.-Regt.
 35. Inf.-Div., Grenzschutz-Gr.
 unter den bekannten Bedingungen, 5 Mart
 Tageslohn. Bewerbungsverfahren sind
 unter obiger Adresse nach **Thorn**, Truppen-
 lehrungsplatz, zu richten, worauf Ueber-
 leitung der Fahrtausweise erfolgt.

Aufruf!
Freiwillige
 für die Reichswehr-
 Flak-Abtlg. Nr. 27
 in Freiburg i. Br.

Die Flak-Abteilung 16 (Freiburg,
 Junkerlaferne) stellt für die Reichswehr
 die Flak-Abteilung 27 mit 1 leichten
 K.-Flakbatterie, 1 schweren K.-Flak-
 batterie und 1 bespannten 3,7 cm Flak-
 zug auf.
 Bedingungen für die Reichswehr,
 wie bekannt.
 Gesucht werden vor allem:
 Schlosser, Kraftfahrer, Schuh-
 macher, Schneider und Pferde-
 pfleger.

Badische Staatsangehörigkeit nicht er-
 forderlich. Militärpapiere sind mitzu-
 bringen, von Minderjährigen außerdem
 die Genehmigung des Vaters oder ge-
 setzlichen Vertreters zum Eintritt.
 Mitgebrachte Uniformstücke u. Reise-
 kosten werden nach erfolgter Einstellung
 vergütet.

Schutz,
 Major u. Abteilungs-Kommandeur.

Reichswehr-Brigade 3
 (Potsdam)

Freikorps Hülsen

benötigt sehr dringend

Minenwerferoffiziere und
Minenwerfermannschaften.

Bekannte Bedingungen.
 Militärpapiere mitbringen.
 Zu melden:
Hauptwerbeamt Durlach
 Hauptstr. 92 (Gasthaus z. „Grünen Hof“).

Zu vermieten
Gebild. Witwe
 ge sucht
 zur Führung eines
 Haushalts (4 Zim-
 mernwohnung) von
 Winter. **Coenli**
 können 2 Zimmer
 u. die Küche frei-
 gemacht und ein-
 gemietet werden.
 Angebote unter Nr. 1867 ins
 Tagblattbüro erbet.

Scheune zu ver-
 mieten.
 Näher, Karlsruhe-Nit-
 heim, Hauptstraße 81a.

Großer Keller
 mit Aufzug zu
 vermieten.
Baum & Daxler,
 Birkel 30.
 Anz. u. o. 9-12
 und 3-5 Uhr.

3 Zimmer
 circa, mobiliert m. Pension
 auf 15. Juni zu vermieten.
 Preis 12.00, 12.00, 12.00.
 Angebote unter Nr. 1867
 ins Tagblattbüro erbet.

3 Zimmerwohnung
 mit 2 Bädern auf
 Gärtenstraße 10, 11,
 Durlach, Anz. u. Nr. 1914
 ins Tagblattbüro erbet.

4 Zimmerwohnung
 nomöglich mit Bad.
 Angebote unter Nr. 1920
 ins Tagblattbüro erbet.

4 Zimmer-
 Wohnung (sof. oder später).
 Angebote unter Nr. 1934
 ins Tagblattbüro erbet.

Miet-Gesuche
 Junges Brautpaar,
 Eisenbahner, sucht **loder**
2 Zimmerwohnung u.
 Küche. Angeb. u. Nr. 1932
 ins Tagblattbüro erbeten.

3 Zimmerwohnung
 mit 2 Bädern auf
 Gärtenstraße 10, 11,
 Durlach, Anz. u. Nr. 1914
 ins Tagblattbüro erbet.

4 Zimmerwohnung
 nomöglich mit Bad.
 Angebote unter Nr. 1920
 ins Tagblattbüro erbet.

4 Zimmer-
 Wohnung (sof. oder später).
 Angebote unter Nr. 1934
 ins Tagblattbüro erbeten.

Schöne gut gelegene Villa
 (mit sieben Zimmern oder mehr)
 event. per 1. Oktober oder später
 zu mieten gesucht
 mit Vorkaufrecht.
 Angebote mit **genauen** Angaben unt.
 Nr. 1948 ins Tagblattbüro erbeten.

Gelder,
 kleinere und größere Beträge werden als
 Spareinlage (in guter Verwaltung) jeder-
 zeit gegen Kurslauf, Zins aufgenommen.
Mittelbadische
Privat-Spar- und Darlehenskasse,
 Karlsruhe i. B., Douglasstr. 26, Tel. 1056.

Empfehlungen

Reparatur-Werkstätte
 Emmit- u. Hochschützler
 werden repariert und
 gelbte ebenen werden
 verputzt. Boden billig
 eingeebnet. **Georg Beyer**,
 Klempner u. Installat.,
 37 Durlacherstraße 21.

Verloren
 am Samstag auf der
 Wiese eine ihm. Damen-
 ledertasche mit Inhalt.
 Gegen gute Belohnung
 abzugeben bei **Dehler**,
 Hauptstraße 21.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

Verloren
 wurde eine **lange** **Handel**
 mit 8 Brillen, in Platin
 gefaßt. Gegen gute Be-
 lohnung abzugeben auf
 dem **Rindbühl**.

